



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

PUTINS BOTSCHAFT AN DIE FÖDERALVERSAMMLUNG

■ VON DER REDAKTION		■ ANALYSE	
С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!	2	Das Jahr 2016 im Rückblick: Russische Innenpolitik	17
■ ANALYSE		Wladimir Gelman, St. Petersburg / Helsinki	
Kleines Karo – aber national		■ AUS RUSSISCHEN BLOGS	
Die Botschaft des russischen Präsidenten an die Föderalversammlung am 1. Dezember 2016	2	25. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion	20
Hans-Henning Schröder, Bremen		Sergey Medvedev, Berlin/Moskau	
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		■ UMFRAGE	
Reallohnentwicklung in Russland	7	Zerfall der UdSSR und Nationale Einheit	23
Vermögen	8	■ NOTIZEN AUS MOSKAU	
Wahrnehmung sozialer Unterschiede in der russischen Gesellschaft 2016	9	Ein Blick in die Hölle	25
Vorstellungen über Prioritäten im Staatshaushalt	10	Jens Siegert, Moskau	
Die Botschaft an die Föderalversammlung in Zahlen	11	■ CHRONIK	
Die Wahrnehmung von Putins Rede an die Föderalversammlung	14	2. – 15. Dezember 2016	28
■ UMFRAGE			
Präsidentschaft von Wladimir Putin	15		

С НОВЫМ ГОДОМ – с РОЖДЕСТВОМ – Frohes Fest!

Die Redaktion der »Russland-Analysen« geht in die Weihnachtspause. Die nächste Ausgabe – Russland-Analysen 328 – erscheint am 19. Januar 2016. Für die ersten Nummern des neuen Jahres planen wir Beiträge über die russische Syrienpolitik, Migration und das Verhältnis zu den USA.

Zunächst aber wünschen wir unseren Lesern ein frohes Weihnachtsfest und ein gutes und erfolgreiches Neues Jahr.

Die Redaktion der Russland-Analysen

Julia Glathe, Sergej Medvedev, Matthias Neumann, Hartmut Schröder und Henning Schröder

ANALYSE

Kleines Karo – aber national

Die Botschaft des russischen Präsidenten an die Föderalversammlung am 1. Dezember 2016

Hans-Henning Schröder, Bremen

Zusammenfassung

Am 1. Dezember ist Präsident Putin mit der alljährlichen »Botschaft an die Föderalversammlung« aufgetreten. Die »Botschaft« des Jahres 2016 gab in vier Blöcken – Ideologie und Innenpolitik, Gesundheits- und Sozialpolitik, Wirtschaft und Wissenschaft, Außenpolitik – einen Überblick über die Tätigkeit der Regierung.

Die »Botschaft« war eine *tour d'horizon*, die alle Bereiche berührte, eine Reihe relevanter Probleme aber säuberlich aussparte. Politisch setzte die Rede allein auf den Appell an nationale Größe und nationale Einheit. Inhaltlich brachte sie wenig Neues. Die Reaktionen der Medien waren entsprechend: Die Website »politcom.ru« titelte »Die Botschaft der »kleinen Sachen« und »Wedomosti« schrieb: »Keine Zeit für Sensationen«.

»Stagnative Stabilität«

Russlands Herrschaftsarrangement ist Ende des Jahres 2016 stabil. Die politische Führung kontrolliert das Land und wird in der Bevölkerung weithin akzeptiert. Sie hat erfolgreich landesweite Wahlen durchgeführt und solide Mehrheiten in den Vertretungskörperschaften auf föderaler und regionaler Ebene organisiert. Die regionalen Administrationen arbeiten eng mit der Zentrale zusammen, und diese kann sich auf die Unterstützung durch die – wichtigsten – Massenmedien verlassen.

Allerdings gibt es auch Symptome, die auf verdeckte Probleme hinweisen. Die Dumawahlen erbrachten zwar eine deutliche Mehrheit für die regierungsnahen Partei »Einiges Russland«, doch war die Wahlbeteiligung niedriger als sonst. In Moskau und St. Petersburg stimmten gerade 30 Prozent der Wahlberechtigten ab, von denen nur zwischen 30 bis 40 Prozent »Einiges Russland« wählten. Das heißt, dass sich in diesen beiden Metropolen lediglich 11–15 Prozent der Wahlberechtigten für die Regierungspartei mobilisieren lassen. Offenbar identifiziert sich in den Millionenstädten die Mehrheit der Bevölkerung nicht ohne weiteres mit der Partei, auf die sich die politische Führung stützen muss.

Die Schwäche des politischen Unterbaus könnte problematisch werden, wenn die Kritik an der Führung zunehmen sollte, was angesichts des negativen Wirtschaftswachstums und des Sinkens der Realeinkommen (vgl. Grafiken 1 und 2 auf S. 7) möglich ist. Die russische Bevölkerung verfügt im Vergleich mit anderen Ländern in Europa pro Kopf nur über geringe Mittel – selbst in China, der Türkei, Lettland und Estland ist das Pro-Kopf-Vermögen größer als in Russland. Und dieses Vermögen ist auch noch extrem ungleich verteilt (vgl. Grafiken 3 und 4 auf S. 8). In dieser sozialen Konstellation ist gesellschaftlicher Konflikt angelegt. In der Tat wird der Unterschied zwischen Arm und Reich in der Öffentlichkeit als gravierendes Problem wahrgenommen (vgl. Grafiken 5 und 6 auf S. 9). Dennoch ist im Moment die Protestbereitschaft in der russischen Bevölkerung gering, und es gibt keine organisierte Opposition, die das politische System in Gefahr bringen könnte.

Die Tageszeitung »Wedomosti« hat für diesen Zustand, bei dem die Wirtschaft auf der Stelle tritt, die politische Lage aber trotz latenter sozialer Spannungen sicher vom Zentrum kontrolliert wird, die treffende Formel von der »stagnativen Stabilität« geprägt.

Die »Botschaft« im Überblick

Die russische Politik hat es im Dezember 2016 also mit einer stabilen Lage in Politik und Gesellschaft zu tun, muss aber mit Turbulenzen in den nächsten Jahren rechnen. Darauf könnte die »Botschaft an die Föderalversammlung« eingehen, doch die Erfahrung der Vorjahre hat gezeigt, dass man eine kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Politik nicht zu erwarten braucht. Dennoch vermittelt die Ansprache eine Vorstellung davon, was die Führung der Administration und der Gesellschaft sagen will – und welche Probleme sie lieber verschweigt.

Die Rede dauerte diesmal 68 Minuten und war damit elf Minuten länger als im Vorjahr. Sie gliederte sich in vier Blöcke: Der erste befasste sich mit innenpolitischen Fragen, der zweite erörterte Einzelbereiche der Sozial- und Gesellschaftspolitik, der dritte ging auf Entwicklungen in Wirtschaft, Geschäftsleben und Wissenschaft ein, und der vierte thematisierte die Außenpolitik.

Der Präsident leitete die »Botschaft« mit einem Block zur inneren Entwicklung Russlands ein. Kern war das Bekenntnis zu »patriotischen Werten« und dem Zusammenhalt des Volkes. Unter diesem Blickwinkel behandelte er die Wahlen und die Rolle der Regierungspartei, er berührte auch kurz das Thema Zivilgesellschaft, um dann auf aktuelle Kontroversen im kulturellen Milieu einzugehen.

Der soziale Block der »Botschaft« behandelte zunächst demographische Fragen und Probleme des Gesundheitswesens. Im Anschluss daran ging der Präsident auf Bildung und Forschung ein und auf die Rolle von karitativen Nichtregierungsorganisationen.

Mit Anmerkungen zur Ökologie und der Straßeninfrastruktur leitete Putin zum Abschnitt Wirtschaft über. Er zählte einige Erfolge auf, forderte aber, die Lösung der grundlegenden Probleme der Volkswirtschaft anzugehen, u. a. durch eine Strukturreform der Industrie und die Förderung des Unternehmertums. Weitere Themen war die Leistungsfähigkeit des Bankensektors, die Digitalisierung und der Ausbau der Wissenschaft.

Den letzten Block der »Botschaft« widmete der Präsident der internationalen Position Russlands. Er stellte eine wachsende Aggressivität anderer Regierungen im Umgang mit Russland fest, bot aber dennoch Zusammenarbeit an, allerdings forderte er einen gleichberechtigten Dialog. Er thematisierte die Integration des Eurasischen Raumes, die Beziehungen zu China und Indien, und formulierte vorsichtig Erwartungen auf eine Verbesserung der Beziehungen zu den USA, die mit dem Wahlsieg Trumps verbunden waren. Russlands militärische und geheimdienstliche Aktivitäten im Ausland erwähnte er lobend. Mit einem Aufruf an das russische Volk, Selbstvertrauen zu zeigen und für die Zukunft zu arbeiten, schloss er seine Rede.

Die »Botschaft« war eine *tour d'horizon*, die alle Bereiche berührte, eine Reihe unleidlicher Fragen aber aussparte. Inhaltlich brachte sie wenig Neues. Die Reaktionen der Medien waren entsprechend: die Website »politcom.ru« titelte »Die Botschaft der »kleinen Sachen« und »Wedomosti« schrieb: »Keine Zeit für Sensationen«.

Wirtschaftslage und Handlungsprogramm

Das Thema der Stunde war zweifellos die Wirtschaftspolitik, auch wenn dies in der »Botschaft« erst an dritter Stelle behandelt wurde. Denn von der Überwindung der Wachstumsschwäche der Wirtschaft hängt die Weiterentwicklung der Beziehung zwischen »Macht« und »Volk«, zwischen dem Führungskern und der Bevölkerung ab.

Die Aussagen, die der Präsident zur Wirtschaftslage machte, waren zutreffend, blieben aber eher im Allgemeinen. Putin stellte zu Recht fest, dass der Wachstumseinbruch der Jahre 2014–2016 zwar auch auf äußere Faktoren zurückzuführen sei, die Probleme im Kern aber selbst gemacht seien: Es fehle Kapital, technologisches *know how*, qualifiziertes Personal, der unternehmerische Wettbewerb sei unterentwickelt, der Markt verzerrt. Positiv hob er hervor, dass sich der Rückgang der Wirtschaftsleistung verlangsamt, die Reserven der Zentralbank zugenommen haben und die Inflation deutlich unter den Vorjahreswerten blieb. Das war eine nüchterne Bewertung der Stärken und Schwächen. Für die Zukunft kündigte Putin an, dass man systematisch und genau Entwicklungsziele definieren werde, um Schritt für Schritt die Grundprobleme der russischen Wirtschaft zu lösen.

Was der Präsident dann konkret anzubieten hatte, war eher dünn: Er pries die Fortschritte im Agrarsektor, musste aber zugeben, dass diese durch die Abschottung des russischen Agrarmarktes gegenüber der EU erreicht worden waren, also durch eine protektionistische Handelspolitik. Er lobte die positive Entwicklung der Rüstungsexporte und forderte den Rüstungssektor auf, vermehrt zivile Erzeugnisse auf den Markt zu bringen – ein Konzept, das schon in der Sowjetzeit gescheitert war. Die Unterentwicklung der verarbeitenden Industrie war auf diese Weise nicht auszugleichen. Immerhin konnte der Präsident auf das rasche Wachstum des IT-Sektors verweisen, dessen Exporterlöse 2016 mit 7 Mrd. US Dollar die Hälfte des Werts der Rüstungsexporte erreichte. Er forderte, dass man auch die Exporte der verarbeitenden Industrie erhöhen müsse. Die Regierung solle einen Plan erarbeiten, damit die russische Wirtschaft 2019–20 rascher wachse als die Weltwirtschaft, und um »die Position Russlands in der Weltwirtschaft zu verstärken«. Wie dies zu erreichen sei, ließ er offen. Ein Konzept, wie die Produktion der verarbeitenden Industrie

gesteigert werden kann, um die Abhängigkeit Russlands von Rohstoffexporten zu senken, entwickelte er in seiner »Botschaft« nicht.

Auch zu der Frage, wie das Unternehmensklima verbessert werden kann, hatte er wenig zu sagen. Immerhin forderte Präsident Putin die Sicherheitsorgane auf, bei der Verfolgung von Wirtschaftsverbrechen die ehrlich arbeitenden Unternehmer nicht unter Druck zu setzen. Damit wiederholte er eine Aussage aus dem Vorjahr, die offenbar nicht gefruchtet hatte. Diesmal sprach er offen an, dass falsche Beschuldigungen fabriziert würden, um Unternehmer unter Druck zu setzen. In der Tat gibt es eine ganze Reihe von Fällen, in denen erfolgreiche Unternehmer durch falsche Beschuldigungen vor Gericht gezogen und ihre Unternehmen auf kaltem Wege enteignet wurden. Konkrete Schritte, um dies zu unterbinden, kündigte Putin allerdings nicht an.

Betreffs der Lage der Banken erklärte der Präsident, dass das russische Bankensystem inzwischen in der Lage sei, den Rückgang der Kredite aus dem Ausland zu ersetzen. Er lobte die Säuberung des Bankensystems durch die Zentralbank und die Entwicklung des außerbanklichen Finanzsektors. Allerdings ging er in diesem Zusammenhang nicht darauf ein, dass das Investitionsvolumen seit 2014 zurückgegangen war, und die Zahlen erst im dritten Quartal 2016 wieder aufwärts zeigten:

Tabelle 1: Investitionsvolumen in Russland 2013–2016

Jahr	in % gegenüber dem Vorjahr (bzw. dem entsprechenden Quartal des Vorjahrs; laufende Preise)
2013	100,8 %
2014	98,5 %
2015	91,6 %
2016	
1. Quartal	95,2 %
2. Quartal	96,1 %
3. Quartal	100,3 %

Quelle: Angaben von Rosstat <http://www.gks.ru/free_doc/new_site/business/invest/Din-inv.xls, 11. Dezember 2016; http://www.gks.ru/free_doc/new_site/business/invest/inv16.xls, 11. Dezember 2016>.

Ein weiteres Thema, das der der Präsident anschnitt, war die Innovationsfähigkeit der russischen Industrie und die Anpassung an die neue digitale Wirklichkeit. Er berichtete über die Anstrengungen, die Wissenschaft zu fördern, und verwies auf die »Strategie für die wissenschaftliche Entwicklung Russlands«, die jetzt unterzeichnet worden sei. Wie auch in den anderen Passagen zur Wirtschaftspolitik blieb Putin im Ungefähren und

ging nicht auf den dramatischen Rückstand des Landes bei Innovationen ein. Die Länderstatistik des Europäischen Patentamts zeigt, dass Russland bei Patentanmeldungen – ein Indiz für die Innovationsfähigkeit einer Volkswirtschaft – weit hinter den entwickelten Industrieländern zurückgeblieben ist:

Tabelle 2: Patentanmeldungen im Vergleich (2015)

Land	
USA	65.754
Japan	50.597
Deutschland	31.670
China	31.504
Südkorea	18.215
Frankreich	13.370
Russische Föderation	788

Quelle: Angaben des Europäischen Patentamts <[http://documents.epo.org/projects/babylon/eponet.nsf/0/00CB374174B8B835C1257F68004AAB2D/\\$File/Filings_by_country_of_origin_2006-2015_en.xlsx](http://documents.epo.org/projects/babylon/eponet.nsf/0/00CB374174B8B835C1257F68004AAB2D/$File/Filings_by_country_of_origin_2006-2015_en.xlsx), 29.9.2016>.

Hier besteht also ein ganz erheblicher Reformbedarf. Putin bot in seiner Rede aber kein innovationspolitisches Konzept an.

Der Präsident hat also in seiner »Botschaft« durchaus wichtige Probleme der russischen Wirtschaft benannt, er blieb allerdings unkonkret und ließ viele Themen aus. Er ging nicht auf die Privatisierung von Staatsunternehmen ein. Angesichts des Skandals um die Privatisierung von Baschneft, in dessen Verlauf sowohl der Großunternehmer Jewtuschenkow wie auch Wirtschaftsminister Uljukaw von den Sicherheitsorganen verhaftet wurden, ist diese Zurückhaltung unverstänlich. Putin hatte auch nichts zu den *offshore*-Aktivitäten russischer Konzerne zu sagen. 2012 hatte er noch eine Politik der Deoffshorisierung gefordert; die »Panama Papers«, die auch Russland betreffen, waren im Frühjahr 2016 bekannt geworden. Kurz, Putin ließ viele wichtige Themen aus, und er formulierte keine glaubwürdige Strategie, wie die Wachstumsschwäche der Wirtschaft überwunden werden konnte.

Sozialpolitik, Bildung, Zivilgesellschaft und Wissenschaft

Auch die sozial- und gesellschaftspolitischen Fragen behandelte der Präsident in der »Botschaft« nur in Ausschnitten. Er begann mit der demographischen Entwicklung, bei der Russland mit einer Anhebung der Geburtenrate gewisse Fortschritte erzielt hatte, und ging dann auf die Probleme im Gesundheitswesen ein. Er berichtete von der Entwicklung eines Systems zur Weiterbil-

derung, mit dem die unzureichende Ausbildung mancher Ärzte behoben werden sollte, von der Notwendigkeit, in einem großräumigen Land wie Russland auch die Möglichkeiten der Telemedizin einzusetzen. Putin sprach auch die Kontrolle des Arzneimittelmarkts an und den Ausbau der Luftrettung. All das waren wichtige Projekte, jedoch eher Einzelfragen. Auf die Gesundheitspolitik im Allgemeinen ging er nicht ein.

Von diesem Thema wechselte Putin übergangslos zum Bildungswesen. Er kündigte den weiteren Ausbau an und verbreitete sich über die Aufgabe der Schule, schöpferische, selbständig denkende Menschen zu erziehen und jegliche Talente zu fördern. Ein klares bildungspolitisches Konzept wurde in der »Botschaft« nicht entwickelt.

Etwas länger behandelte der Präsident den Ausbau ehrenamtlicher Initiativen. Der Entwicklung der Zivilgesellschaft in Form von »Nichtkommerziellen Organisationen« (NKO – das sind praktisch Nichtregierungsorganisationen, NGOs) in der sozialen Sphäre widmete er längere Passagen. Der Ehrenamtlichkeit in der Sozialarbeit maß er in der »Botschaft« große Bedeutung zu. Dies entspricht der in den letzten Jahren zu beobachtenden Tendenz, unpolitische NGOs, die karitative Arbeiten übernehmen, von Staats wegen zu unterstützen und ihnen auch Mittel zur Verfügung zu stellen. Diese Maßnahmen zielen offenbar darauf, die Zivilgesellschaft, soweit sie nicht systemkritisch ist, zu integrieren.

Zum Moratorium bei den Rentenzahlungen, den 2015 gesunkenen Realeinkommen und der ungleichen Vermögensverteilung verlor der Präsident kein Wort.

»...für Russland« – nationale Rhetorik als gesellschaftspolitische Agenda

Dass diese gravierenden Probleme, die den Alltag der Bevölkerung belasten, dem Redner aber wohl bewusst waren, lässt sich an den weltanschaulichen Passagen ablesen, die die »Botschaft« einleiteten. Dort beschwor der Präsident die Einheit des Volkes, seine Bereitschaft, auch unter schwierigen Bedingungen zusammenzustehen und sich um die »patriotischen Werte« zu vereinen. »Die Bereitschaft für Russland zu arbeiten, die herzliche, echte Sorge um Russland, das ist das Fundament dieses Zusammenschlusses.« Gerechtigkeit, Wahrheit, Vertrauen, Respekt, Verantwortlichkeit, hohe Moral, Selbstverwirklichung – die Redenschreiber hatten alle diese ideologisch hoch aufgeladenen Begriffe in zwei Absätzen der Rede untergebracht.

Es entbehrt nicht einer gewissen Ironie, wenn ein Präsident, der letztlich die Verantwortung für Reallohnsenkungen und Vermögensunterschiede trägt, sie aber in seiner Rede schlicht übergeht, den Satz formuliert: »Jegliche Ungerechtigkeit und Unwahrheit wird mit großer

Schärfe wahrgenommen. Überhaupt ist das eine Besonderheit unserer Kultur.«

Die nationale Rhetorik, die bereits in den ersten Minuten der »Botschaft« massiv eingesetzt wird, beschwört ein nationales Gemeinschaftsgefühl, der Sprecher unterstellt die moralisch-kulturelle Überlegenheit des eigenen Standpunkts und warnt vor einem »schwachen Staat«. Denn dieser erlaube Eingriffe von außen und führe zu Abenteuerertum, Umsturz und Anarchie. Russland, so die Botschaft, wolle das nicht: »Wir sind ein einiges Volk, wir sind ein Volk und wir haben nur ein Russland.«

Nach dem Appell an nationale Geschlossenheit thematisiert Putin einige der öffentlichen Kontroversen der letzten Zeit. Ohne Namen zu nennen, kritisiert er aggressive Ausfälle und Vandalismus, die sich gegen Meinungsäußerungen von Intellektuellen richteten. Keiner, so der Präsident, dürfe es jemandem verbieten, frei zu denken und offen seine Position zu vertreten. Man kann wohl davon ausgehen, dass Putin sich u. a. auf die Raikin-Debatte bezieht (s. [Russland-Analysen, Nr. 324, S. 16ff.](#)). Zwar kritisiert er die Angriffe der nationalen Rechten auf Künstler wie Raikin, doch er macht zugleich deutlich, dass es im Kern immer darum gehen müsse, die Nation und deren Einheit in den Vordergrund zu stellen. Insofern ist die Versöhnung zwischen »Liberalen« und »Nationalen«, zwischen den Kritikern des Status quo und den Vertretern nationaler Politik, die Putin erbittet, nur scheinbar – Putin und sein Umfeld unterstützen inhaltlich die zweite Gruppe. Sie tritt für »traditionelle Werte«, für Nation und Familie ein, sie plädiert nur für Einhaltung der Regeln einer zivilisierten Diskussion.

Indem der Präsident seine Zuhörer derart auf nationale Traditionen ein schwört, setzt er sich von den Werten ab, die in der Charta der UN (1945), der Schlussakte von Helsinki (1975) und der Charta von Paris (1990) fixiert sind. Er definiert einen nationalen Wertekonsens, der die russische Gesellschaft gegenüber Demokratisierungsanforderungen von außen – z. B. durch OSZE und Europarat – immunisieren soll. Es fällt schwer, diesen Aufruf zur Einigkeit des »Volkes« und den Appell an nationale Gefühle anders zu interpretieren als den Versuch, jeden Protest gegen Ungerechtigkeit und Verschlechterung der Lebensbedingungen von vornherein zu delegitimieren.

Das Lob der Einigkeit, die der Redner auch auf die Dumawahlen bezieht, ignoriert bewusst die laufenden politischen Prozesse. Daher kommentiert Putin weder die niedrige Wahlbeteiligung im September noch die Vielzahl von Ablösungen und Rücktritten von Politikern und hochrangigen Beamten in den letzten Monaten. Insofern bleibt auch der innenpolitische Teil der »Botschaft« unbefriedigend.

Nebensache Außenpolitik

Das gilt ebenso für die Ausführungen zur Außenpolitik. Der Krieg in Syrien wird nur einmal kurz erwähnt, auf die Situation in der Ukraine geht der Präsident überhaupt nicht ein. Von der Krim als Problem russischer Außenpolitik ist nicht die Rede. Europa und die EU werden nicht erwähnt – obwohl Russland nach wie vor über 40 Prozent seines Außenhandels mit der EU abwickelt. Die OSZE und die Zukunft europäischer Sicherheit ist Putin keinen Satz wert. Er stellt Russland als Opfer von Druck und Desinformationskampagnen dar und fordert einen Dialog auf Augenhöhe. Als Hauptrichtungen russischer Außenpolitik definiert die »Botschaft« die Vertiefung der Beziehungen in der Eurasischen Gemeinschaft und im asiatisch-pazifischen Raum. Gegenüber den USA formuliert Putin ganz vorsichtig: Er verzichtet auf Polemik und signalisiert seine Bereitschaft zu einer gleichberechtigten Partnerschaft mit der Trump-Administration. Eine Zusammenarbeit von Russland und den USA bei der Lösung globaler Probleme entspreche, so der Präsident, den Interessen der ganzen Welt. Hier scheint das Selbstbild durch, das immer noch in den Köpfen russischer Politiker herumspukt. Sie sehen sich noch immer als »die andere Supermacht«, die in Kooperation mit den USA die Weltprobleme löst. Dass die Welt sich seit 1991 nachhaltig verändert hat, dass international neben den USA nun auch China einen bestimmenden Einfluss hat, dass Russland wirtschaftlich hinter China, den USA, Japan und dem Euro-Raum nur über begrenzte Möglichkeiten verfügt (das russische Bruttoinlandsprodukt ist in etwa auf dem Niveau Italiens), das hat die Führungsgruppe um Putin entweder nicht wahrnimmt, oder sie glaubt, diese Schwäche durch aggressiven Einsatz militärischer Mittel kompensieren zu können.

Vabanque – Hoffen auf Trump und den Ölpreis

Die »Botschaft« des Jahres 2016 entwickelt kein glaubwürdiges gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Konzept für die nächsten Jahre. Politisch setzt die Rede allein auf den Appell an nationale Größe und nationale Einheit.

Das ist angesichts der tatsächlichen Lage erstaunlich. Die dritte Putin-Administration ist in schwieriges Fahrwasser geraten. Die Volkswirtschaft, die in hohem Maße von der Entwicklung auf den Weltmärkten abhängig ist, stagniert derzeit, der Wille zu strukturellen Reformen ist nicht erkennbar. Der letzte Versuch, Medwedews Reformansatz im Jahre 2009, der die vier »I« – Investitionen, Innovation, Infrastruktur, Institutionen – propagierte, ist gescheitert. Die Putin-Administration hat die Ideen der Vorgängerregierung igno-

riert – sie nennt die drängenden Probleme noch nicht einmal beim Namen. Die Überwindung des Gegensatzes von Arm und Reich, eine Erblast der Jelzin-Zeit und der Transformation vom Plan zum Markt in den neunziger Jahren, wird nicht diskutiert. Die latenten sozialen Spannungen in der russischen Gesellschaft werden seit 2011/2012 zunehmend durch nationale Rhetorik überspielt. Außenpolitisch ist man bei dem Versuch, in der Ukraine wie in Syrien Prestigeerfolge mit innenpolitischen Rückwirkungen zu erzielen, Risiken eingegangen.

Doch weder im Innern noch im internationalen Raum wird man die jetzige Position lange durchhalten können, wenn sich die Rahmenbedingungen nicht bald ändern. Es scheint, dass man stillschweigend auf das Anziehen der Ölpreise und eine Wende der amerikanischen Außenpolitik unter Trump setzt.

Ein neuerlicher Anstieg der Ölpreise würde zu einer Entspannung der ökonomischen und sozialen Probleme in Russland selbst führen und das Regime mittelfristig stabilisieren. Ein Politikwechsel in den USA, der Russland im Nahen Osten und in Europa größere Spielräume ermöglichen würde, könnte unter Umständen zu einem »Jalta-2« führen, einer Abmachung bei der sich die EU und die USA aus der russischen Interessensphäre zurückziehen und Russland freie Hand im post-sowjetischen Raum geben würden. Beide Entwicklungen würden die Risiken rechtfertigen, die die Putinsche Führung 2014 und 2015 eingegangen ist.

Wenn diese beiden Fälle aber nicht eintreten, dann ist die Putin-Administration im Innern und in der Außenpolitik mit großen Problemen konfrontiert. Urteilt man nach der »Botschaft« gibt es gegenwärtig kein Konzept, wie man damit umgehen könnte. Mehr noch, die Putinsche Führung befindet sich offenbar im Umbau, eine Reihe von Schlüsselpositionen sind neu besetzt worden. Ein klares Muster ist noch nicht zu erkennen. Der Präsident selber macht derzeit eher einen lustlosen Eindruck. Das schlägt sich auch in der »Botschaft« wieder, die bei aller nationalen Rhetorik »zusammengeschustert« wirkt und wichtigen Fragen ausweicht. Warum der Präsident darauf verzichtet, die Probleme zu benennen und politische Lösungen zu formulieren, ist unklar. Mag sein, dass es daran liegt, dass eine Wachablösung in der Führungsriege im Gange und noch nicht abgeschlossen ist, so dass die neue Elitenkohorte noch kein Konzept hat. Vielleicht will man die Gesellschaft auch nicht mit den realen Problemen konfrontieren, so lange das nationalistische Placebo wirkt. Und vielleicht hat man ja Glück mit Trump und dem Ölpreis – dann werden sich einige russische Probleme von selbst lösen.

Informationen über den Autor und Lesetipps finden Sie auf der nächsten Seite.

Über den Autor

Prof. Dr. Hans-Henning Schröder lehrte am Osteuropa-Institut der FU Berlin »Regionale Politikanalyse mit Schwerpunkt Osteuropa«. Er ist der Herausgeber der Russland-Analysen, die er 2003 gemeinsam mit Heiko Pleines gegründet hat.

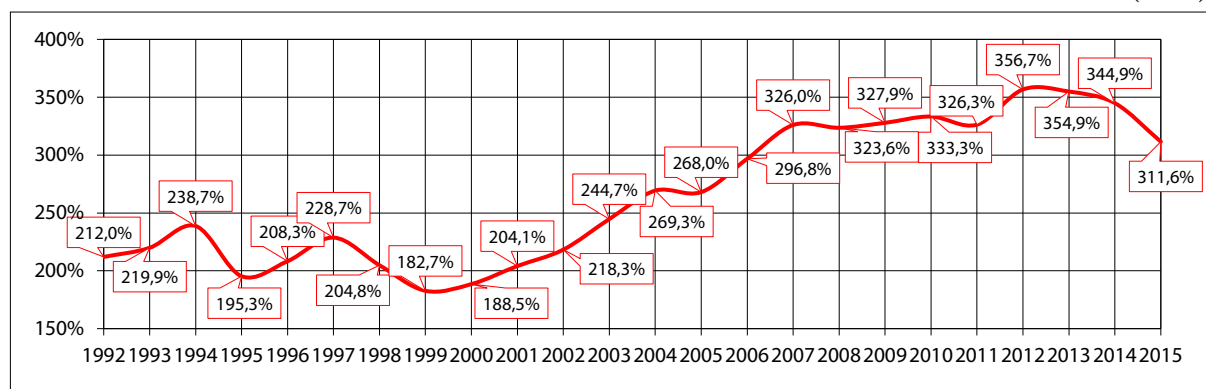
Lesetipps

Presidential Address to the Federal Assembly December 1, 2016, 13:10 The Kremlin, Moscow <<http://en.kremlin.ru/events/president/news/53379>> [Die Botschaft and die Föderalversammlung in Englisch / russische Version: <<http://kremlin.ru/events/president/news/53379>>]

TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT

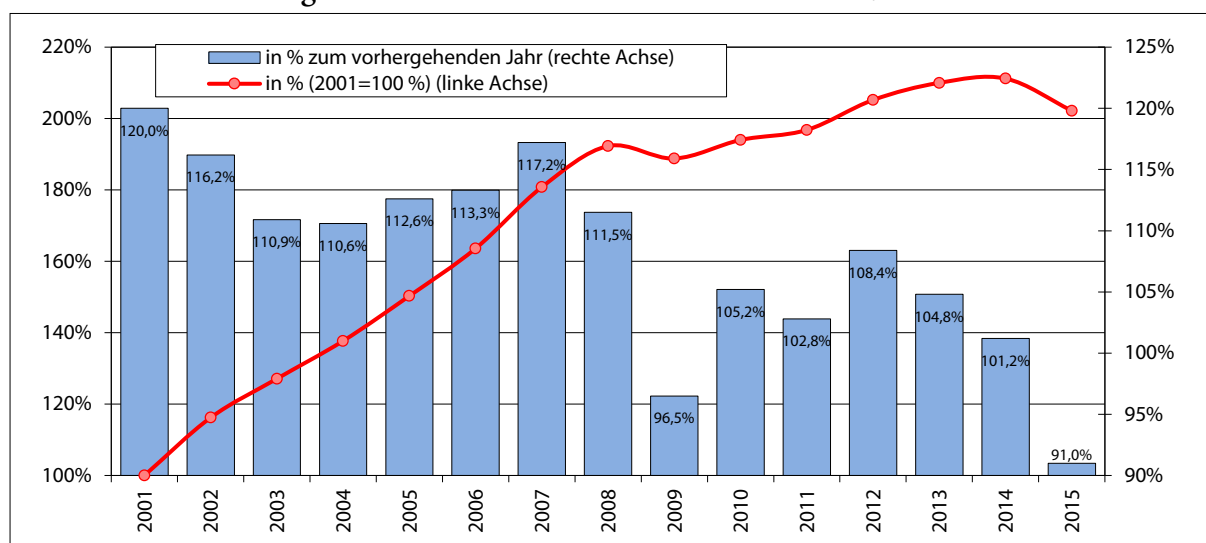
Reallohnentwicklung in Russland

Grafik 1: Durchschnittseinkommen im Verhältnis zum Existenzminimum 1992–2015 (in %)*



* 100%: Offizielles Existenzminimum; Quelle: <<http://cbsd.gks.ru/#>, 28. November 2016>

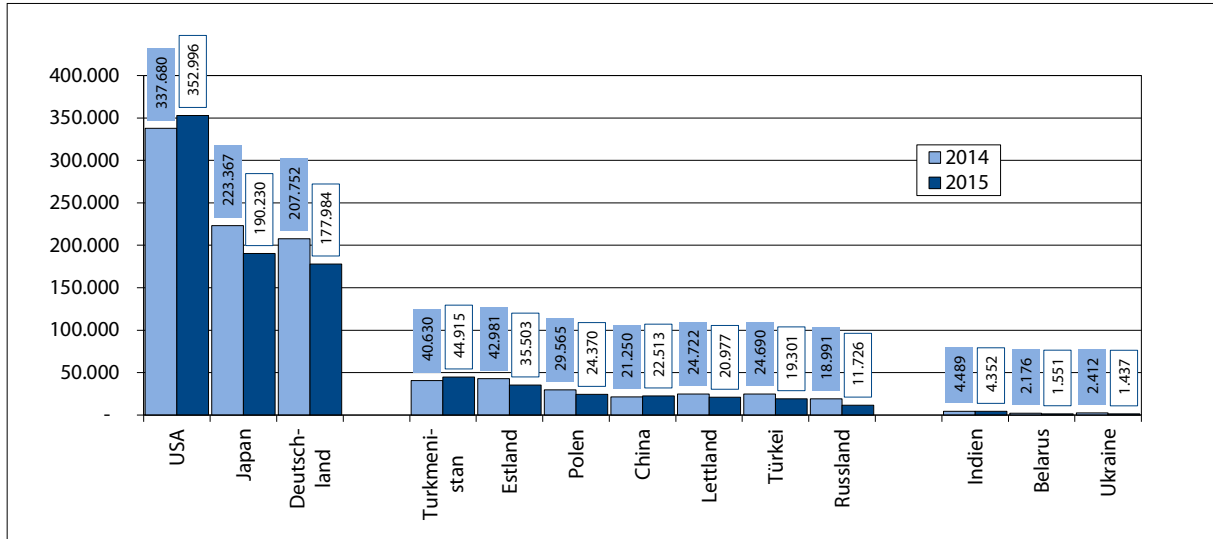
Grafik 2: Entwicklung des Realeinkommens in Russland 2001–2015



Quelle: <http://www.gks.ru/free_doc/new_site/population/trud/sr-zarplata/t5.xlsx, 20. Oktober 2016>

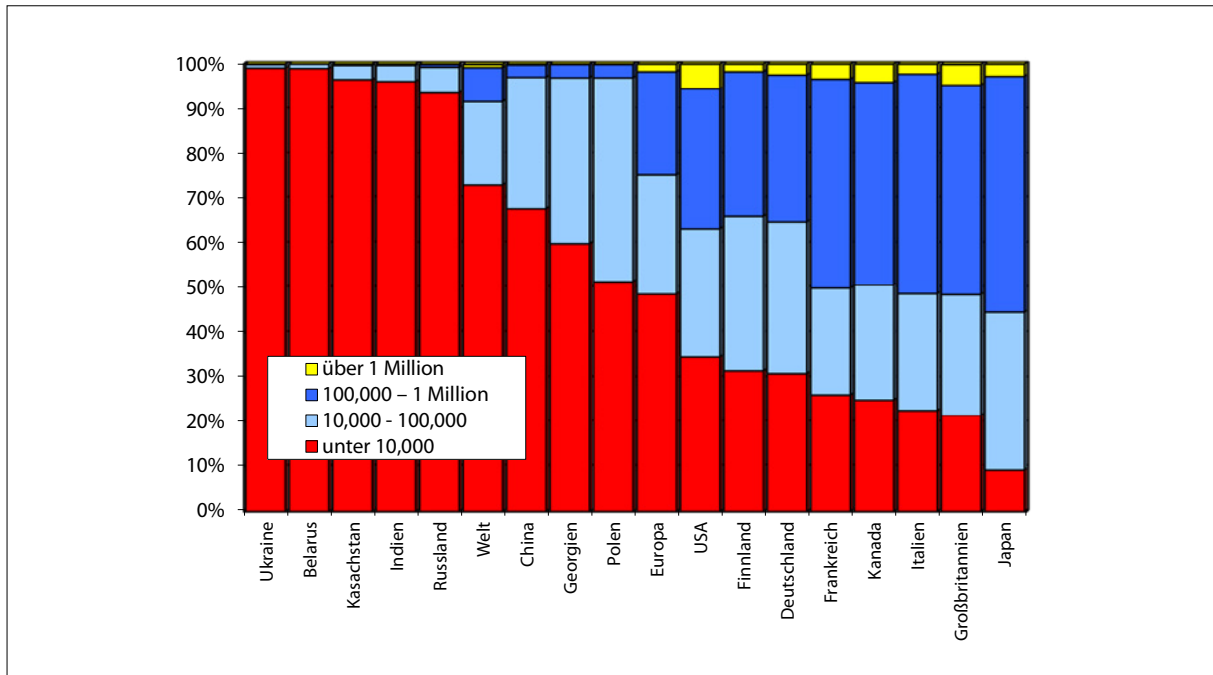
Vermögen

Grafik 3: Durchschnittliches Pro-Kopf-Vermögen (US-\$) in ausgewählten Staaten 2014 und 2015



Quelle: Credit Suisse Research Institute: Global Wealth Report 2016, Zurich: Credit Suisse 2016 Wealth per Adult Data by Country for 2014 and 2015 (Corrected XLS) <<https://www.credit-suisse.com/media/assets/corporate/docs/about-us/research/global-wealth.xlsx>, 23. November 2016>

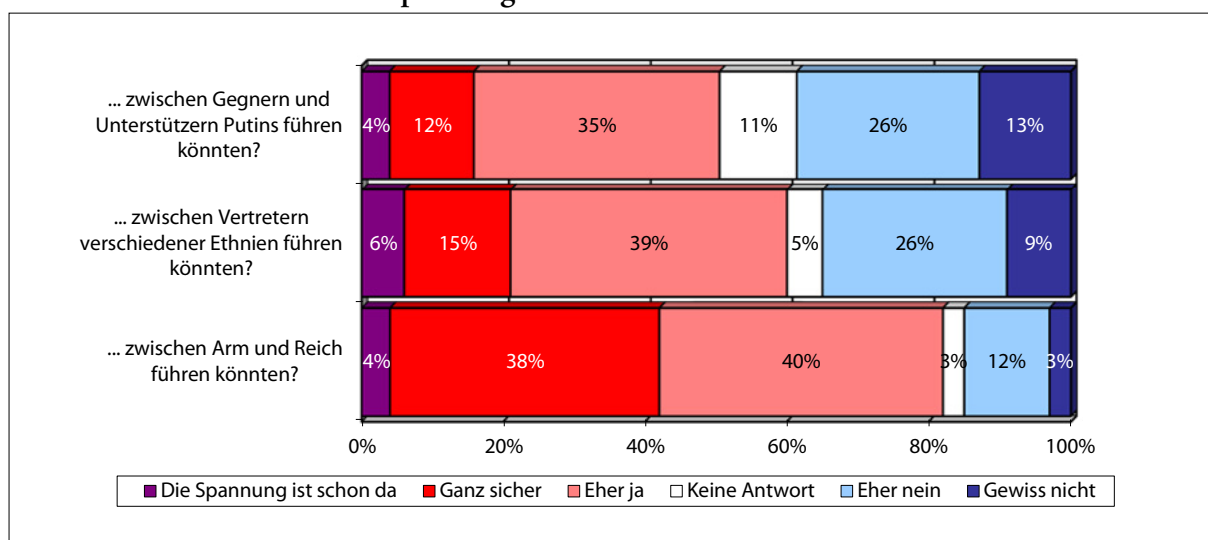
Grafik 4: Vermögensverteilung in ausgewählten Länder 2016 (in US-\$)



Credit Suisse Research Institute: Global Wealth Report 2016, Zurich: Credit Suisse 2016 <<https://publications.credit-suisse.com/tasks/render/file/?fileID=52E06942-9DB4-D827-84BABB554A232F8>, 23. November 2016>, S. 106

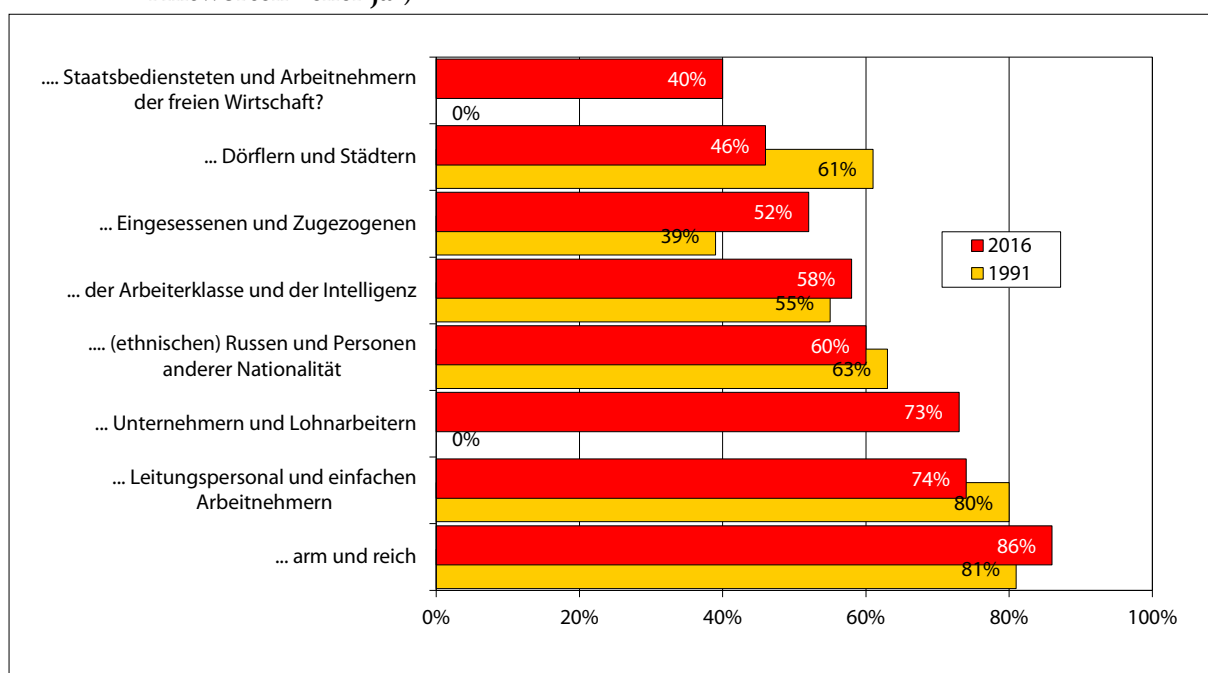
Wahrnehmung sozialer Unterschiede in der russischen Gesellschaft 2016

Grafik 5: Gibt es in der heutigen russischen Gesellschaft (Mai 2016) ernsthafte Unterschiede, die in Zukunft zu Spannungen ...



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 27.–30. Mai 2016 <<http://www.levada.ru/2016/06/27/tochki-raznoglasij-v-obshhestve/>, 28. Juni 2016>

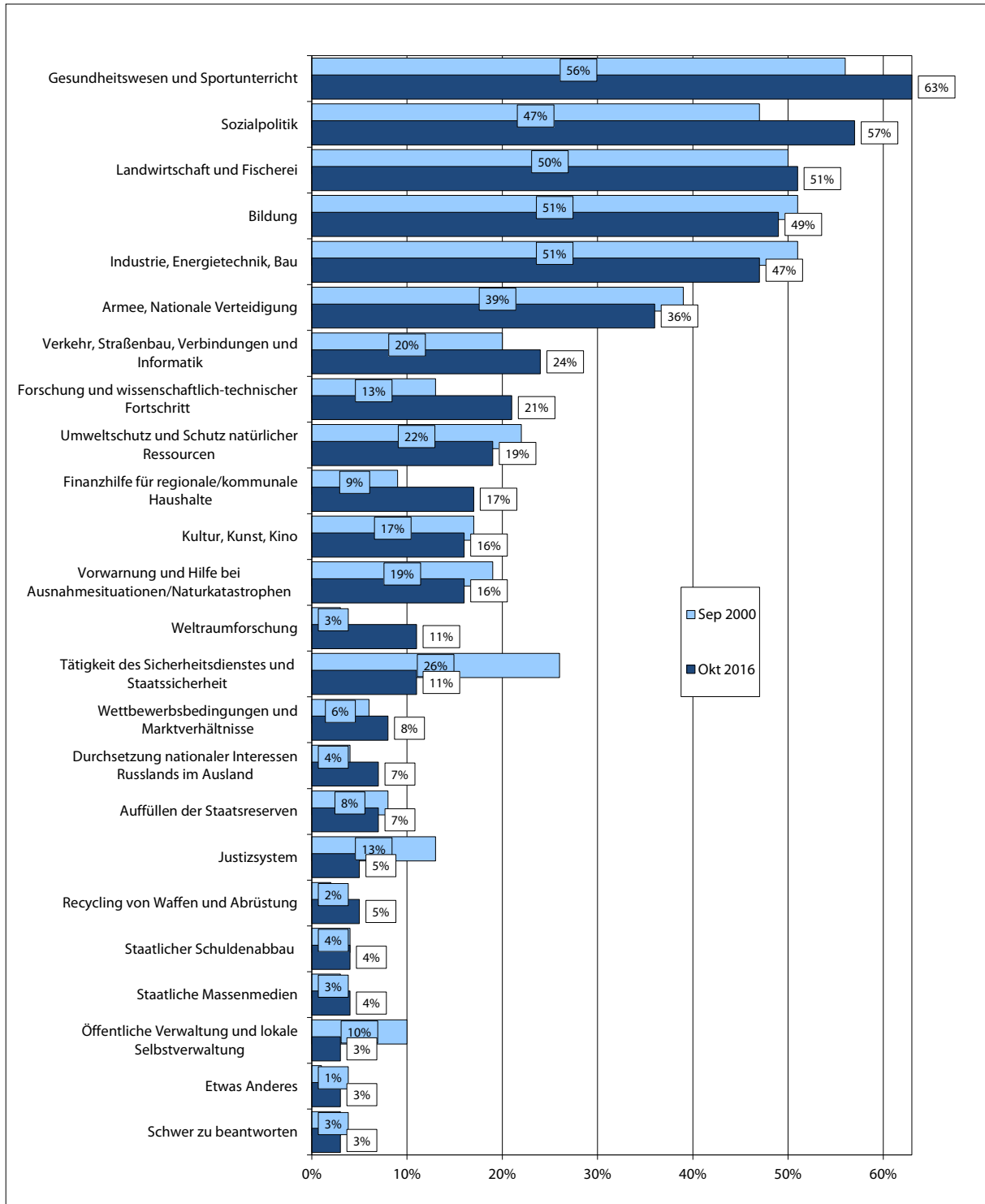
Grafik 6: Gibt es in unserer Gesellschaft Widersprüche, Feindseligkeit zwischen ... (Anteil der Antworten »eher ja«)



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 29.–30. Oktober 2016 <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115947>, 15. November 2016>

Vorstellungen über Prioritäten im Staatshaushalt

Grafik 7: Was denken Sie, welchen Posten des Staatshaushalts sollten vor allem finanziert werden?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Oktober 2016 <<http://www.levada.ru/2016/11/29/gosudarstvennyj-byudzhet/>, 29. November 2016>

Die Botschaft an die Föderalversammlung in Zahlen

Tabelle 3: Dauer und Umfang der Botschaften 2000–2016

Datum	Dauer, Minuten	Wörter	Zeichen	Sätze	Redegeschwindigkeit (Wörter pro Minute)
1. Dezember 2016	68	7.322	47.224	442	108
3. Dezember 2015	57	6.197	40.325	428	109
4. Dezember 2014	70	7.139	46.076		102
12. Dezember 2013	69	7.550	49.875	521	109
12. Dezember 2012	81	9.159	56.848	594	113
22. Dezember 2011	64	6.452	42.975	426	101
30. November 2010	72	7.042	45.247	382	98
12. November 2009	100	9.548	62.864	613	95
1. November 2008	85	8.342	54.772	662	98
26. April 2007	72	8.076	52.271	555	112
10. Mai 2006	62	6.477	41.865	415	104
25. April 2005	48	5.220	33.793	344	109
26. Mai 2004	47	5.207	34.295	404	111
16. Mai 2003	65	6.005	38.695	488	92
18. April 2002	51	5.752	36.863	445	113
3. April 2001	63	6.318	40.567	414	100
8. Juli 2000	50	5.215	33.793	421	104

□Präsidentschaft von Dmitrij Medwedew □Präsidentschaften von Wladimir Putin

Zusammengestellt nach Angaben in den russischen Zeitungen *Kommersant* (2008–2013) und *Komsomolskaja prawda* (2014), <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1052867>, 6. November 2008>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>, 13. November 2009>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1549197>, 1. Dezember 2010>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1844061>, 23. Dezember 2011>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>, 13. Dezember 2012>; <http://im.kommersant.ru/ISSUES.PHOTO/DAILY/2013/230/_2013d230-01-01.jpg, 17. Dezember 2013>; <<http://www.kp.ru/daily/26316.4/3194879/>, 5. Dezember 2014>; <<http://www.kommersant.ru/doc/2868565>>, 5. Dezember 2015; Kolesnikow, Andrej: *Wse swobodny, wsem dowolny. W swojom poslanii k Federalnomu sobraniju Wladimir Putin sosredototschilsja na swobodach, a ne na ugrosach*, in: *Kommersant*, 2. Dezember 2016 <<http://www.kommersant.ru/doc/3158495>, 2. Dezember 2016>; eigene Berechnungen auf Basis der Auswertung der Redetexte.

Tabelle 4: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2016

	Putin					Medwedew					Putin						
	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Zahl der Wörter	7.322	6.197	7.139	7.550	9.393	6.452	7.042	9.548	8.342	8.076	6.477	5.220	5.207	6.014	5.778	6.435	5.185
wir	91	93	88	77	179	67	138	81	92	60	60	37	32	55	51	54	51
ich	15	12	7	12	27	36	54	35	15	12	9	3	5	10	9	9	18
muss	26	49	63	89	100	53	60	86	68	53	65	52	60	45	46	58	25
ich schlage vor...	5	16	14	11	4	5	3	5	12	11	10	2	0	0	0	0	0
notwendig	45	55	52	56	81	36	68	89	65	54	65	35	58	30	47	31	32
Ergebnisse	1	2	3	2	2	5	1	0	3	3	0	0	1	4	2	4	0
Russland	63	55	72	56	101	35	35	60	44	74	46	65	95	95	56	46	60
Staat	15	23	33	30	43	33	35	51	28	45	29	59	32	43	48	62	97
Gesetz	9	13	17	14	27	26	23	35	38	17	9	22	3	11	37	53	22
Ukas	1	2	2	4	3	1	1	4	1	0	1	0	1	1	1	0	1

Fortsetzung auf der nächsten Seite

Tabelle 4: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2016 (Fortsetzung)

	Putin					Medwedew					Putin						
	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Mai-Erlasse 2012	0	1	0	1	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Politik	7	6	12	8	34	10	18	27	33	23	16	14	12	46	19	26	33
Demokratie	1	0	1	1	6	3	5	8	26	7	2	23	8	4	1	1	12
Freiheit	7	11	14	4	4	7	5	1	29	4	2	31	9	7	7	8	24
Entwicklung	35	20	23	44	45	27	19	40	28	35	33	25	30	11	16	12	21
Reformen	0	1	1	4	0	4	2	2	7	5	5	3	7	13	17	15	4
Modernisierung	2	2	0	1	3	13	24	20	2	7	7	1	8	4	5	1	1
Wirtschaft	41	31	27	23	36	16	24	33	37	34	30	26	47	64	58	54	51
Technologie	24	17	20	16	9	12	16	39	8	18	12	0	1	4	6	2	1
Innovation	0	0	0	3	0	3	6	14	6	3	5	0	0	0	0	0	1
Unternehmer	8	8	5	5	4	3	1	5	3	4	7	6	2	6	10	8	11
Oligarchen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0
Krise	2	0	0	1	2	16	7	10	17	2	0	0	1	3	2	1	4
Sanktionen	2	0	4	0	0	0	4	0	0	0	0	0	0	0	1	1	1
Offshore-Frage	0	0	1	5	4	0	0	0	0	0	0	1	0	0	0	0	0
»Beamte«	1	1	0	0	6	2	2	1	2	0	2	5	0	1	4	4	4
Bürokratie	1	1	0	0	1	2	0	1	3	1	2	5	0	4	4	1	2
Korruption	2	2	0	3	6	8	3	11	9	1	2	1	1	0	4	1	5
Zukunft	12	6	3	3	10	5	6	83	7	16	3	6	3	4	0	6	3
es wird ...	22	12	15	21	25	22	13	28	52	16	9	18	15	16	4	9	7
Vergangenheit	5	10	3	5	7	1	4	6	2	8	5	6	5	9	7	10	2
war	27	11	14	4	33	19	15	26	16	23	22	21	6	2	2	12	4
Jahr	103	61	82	64	81	65	85	78	51	99	71	46	25	81	44	76	40
Militär	2	5	1	11	4	10	4	7	9	15	20	3	10	6	5	2	1
Armee	1	2	2	2	2	4	6	0	4	2	17	0	6	8	4	2	0
Terrorismus	3	23	6	1	0	2	0	2	1	1	9	6	7	8	5	3	3
Krieg	1	2	1	2	4	0	0	3	0	0	2	0	0	0	3	1	1
Kalter Krieg	1	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1	0	0	0	1	0	1
Sicherheit	4	2	9	5	6	10	8	10	10	8	8	4	6	5	6	3	2
Gesellschaft	19	20	14	27	40	19	17	32	23	20	10	40	19	25	11	14	25
Zivilgesellschaft	2	5	3	5	9	1	4	6	5	4	2	6	9	6	1	0	7
NGOs	19	3	2	2	0	1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Mensch	9	4	7	12	11	7	9	10	14	5	6	13	7	12	3	4	5
Demographie	1	6	3	3	8	1	4	2	0	1	6	1	1	1	0	0	1
Familie	2	6	3	6	8	10	7	4	2	2	13	0	3	1	1	3	0
Kinder	6	10	4	6	10	23	39	11	3	0	16	3	4	0	2	2	4

Fortsetzung auf der nächsten Seite

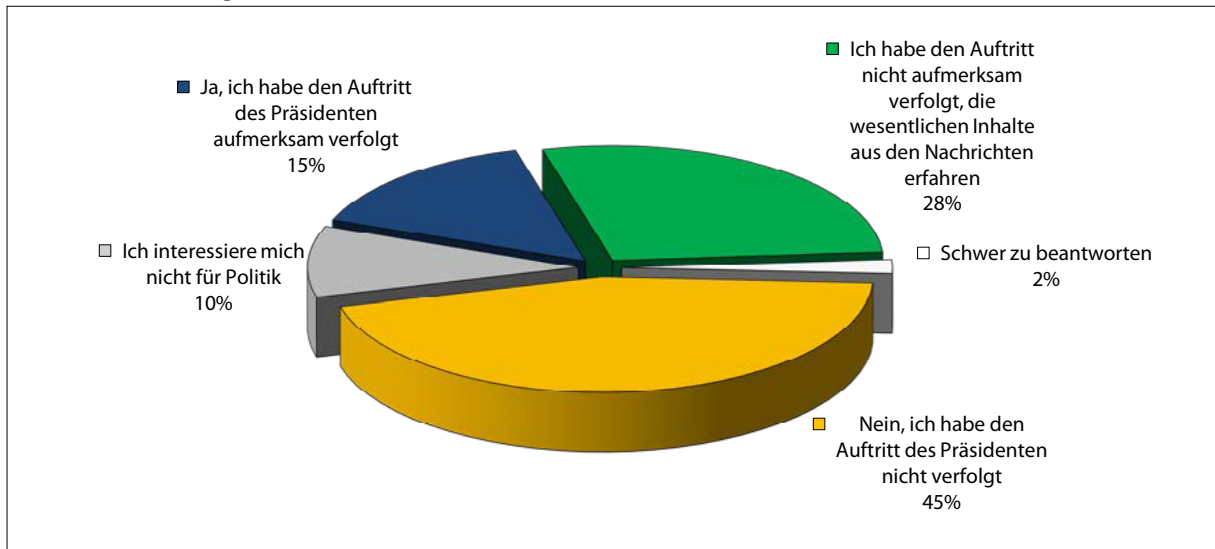
Tabelle 4: Häufigkeit von Schlüsselwörtern in Putins und Medwedews Botschaften an die Nation 2000–2016 (Fortsetzung)

	Putin					Medwedew				Putin							
	2016	2015	2014	2013	2012	2011	2010	2009	2008	2007	2006	2005	2004	2003	2002	2001	2000
Kleinkind	1	5	3	0	7	1	20	1	0	0	17	1	0	0	0	0	0
sozial	14	8	19	14	16	12	16	24	17	11	16	9	18	7	4	17	14
Gesundheit	8	3	5	3	4	3	11	8	8	1	2	4	2	3	6	4	1
Renten	0	0	0	1	3	13	5	3	12	27	4	1	1	4	3	17	3
Wohnraum	4	2	1	16	16	12	12	3	0	15	6	2	15	2	10	0	1
Wohnung	0	0	0	0	1	6	0	2	0	2	1	0	3	0	0	0	0
Schule	11	8	13	14	12	9	14	26	18	2	5	1	2	1	1	1	0
Bildung	11	8	14	18	18	8	12	18	14	1	9	5	24	3	1	21	6
Wissenschaft	16	1	7	11	11	6	2	11	3	15	5	5	4	2	11	12	1
Vaterland	8	5	12	3	11	2	4	11	2	8	5	4	6	4	5	8	4
Patriot	1	1	3	1	7	0	3	1	1	1	1	0	0	0	0	0	3
Identität	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Werte	2	2	4	7	5	5	5	8	20	5	4	12	3	3	0	0	5
Moral	0	1	1	1	4	0	0	2	4	4	0	2	0	1	0	1	2
Sitte, Moral	3	2	0	3	9	1	1	2	5	3	1	6	1	1	0	0	1
Tradition	3	6	6	9	11	1	1	6	4	3	3	4	1	3	0	3	2
Macht, Großmacht	0	0	2	2	0	0	1	2	0	0	5	0	1	3	0	0	0
USA	2	0	4	1	0	1	0	0	1	1	0	0	2	0	0	0	0
Amerika	2	0	5	0	3	1	3	1	9	3	4	0	0	1	0	0	0
EU	2	0	1	0	0	0	0	0	1	1	1	1	1	0	0	0	0
Europa	2	1	4	2	1	5	5	3	8	11	3	6	5	8	2	5	1
NATO	0	5	1	3	3	0	2	3	3	6	0	1	0	0	1	2	3
Eurasien	3	3	2	3	1	4	3	0	2	2	1	1	1	1	0	1	0
Zollunion	0	2	3	3	4	4	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Ukraine	0	0	17	3	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Belarus	0	0	0	0	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Georgien	0	0	0	0	1	0	0	1	5	1	0	0	0	0	0	0	0
China	2	1	0	0	0	1	3	1	1	0	1	0	2	0	0	0	0
Asien	1	1	1	0	1	1	1	0	1	1	1	0	0	0	0	0	0
ATR (Asiatisch-Pazifische Region)	1	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
SCO (Shanghai Cooperation Organisation)	1	2	0	1	0	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
ASEAN	0	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
BRIKS	1	0	0	1	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0

Quelle: Angaben der Tageszeitung »Kommersant« vom 13. Dezember 2012, 13. November 2009, 27. April 2007 und 11. Mai 2006 <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=762877>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=672333>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=1273582>>; <<http://www.kommersant.ru/pda/kommersant.html?id=2088841>>; Kolesnikow, Andrej: Nisposlanie Federalnomu sobraniju, in: Kommersant, 4. Dezember 2015 <<http://www.kommersant.ru/doc/2868565>> und eigene Berechnung auf Basis der Auszählung der Texte.

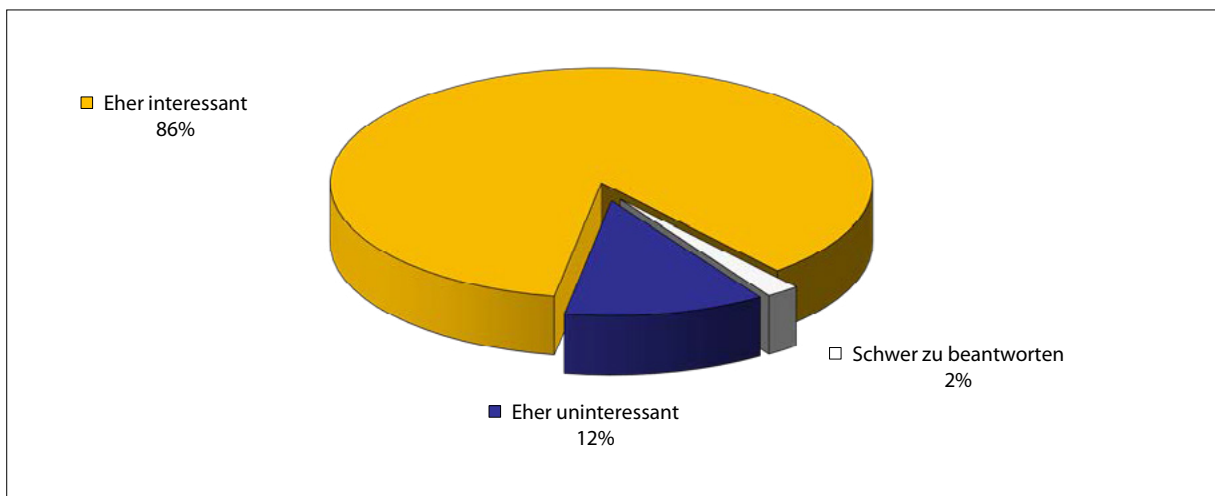
Die Wahrnehmung von Putins Rede an die Föderalversammlung

Grafik 8: Haben Sie die Rede des Präsidenten an die Föderalversammlung verfolgt oder nicht verfolgt?



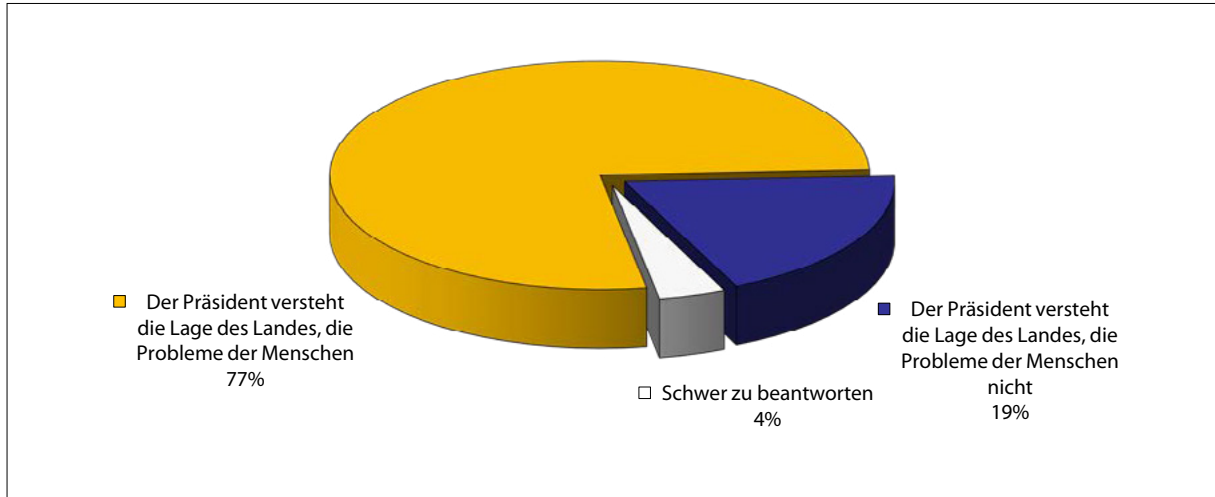
Quelle: Umfrage des WZIAM vom 3.–4. Dezember 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115991>>, 9. Dezember 2016

Grafik 9: Allgemein betrachtet, fanden Sie die Dinge, über die der Präsident gesprochen hat interessant oder nicht interessant?



Quelle: Umfrage des WZIAM vom 3.–4. Dezember 2016, <<http://wciom.ru/index.php?id=236&uid=115991>>, 9. Dezember 2016

Grafik 10: Und konkret: Ausgehend von der Rede des Präsidenten, denken Sie, dass der Präsident die reale Lage des Landes, die Probleme der Menschen versteht oder nicht versteht?

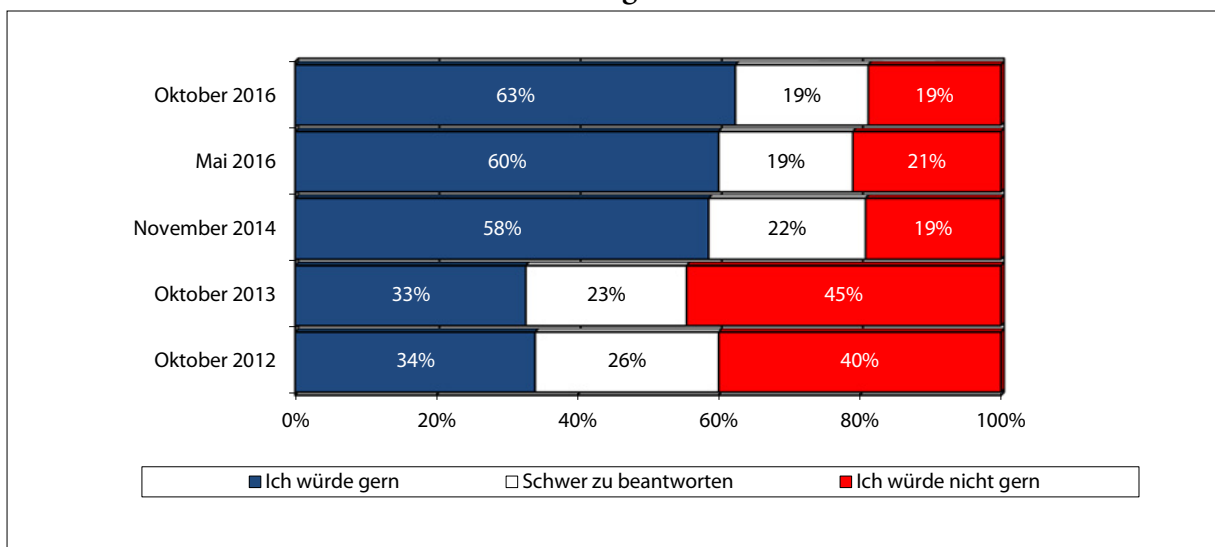


Quelle: Umfrage des WZIAM vom 3.–4. Dezember 2016, <<http://wziom.ru/index.php?id=236&uid=115991>, 9. Dezember 2016>

UMFRAGE

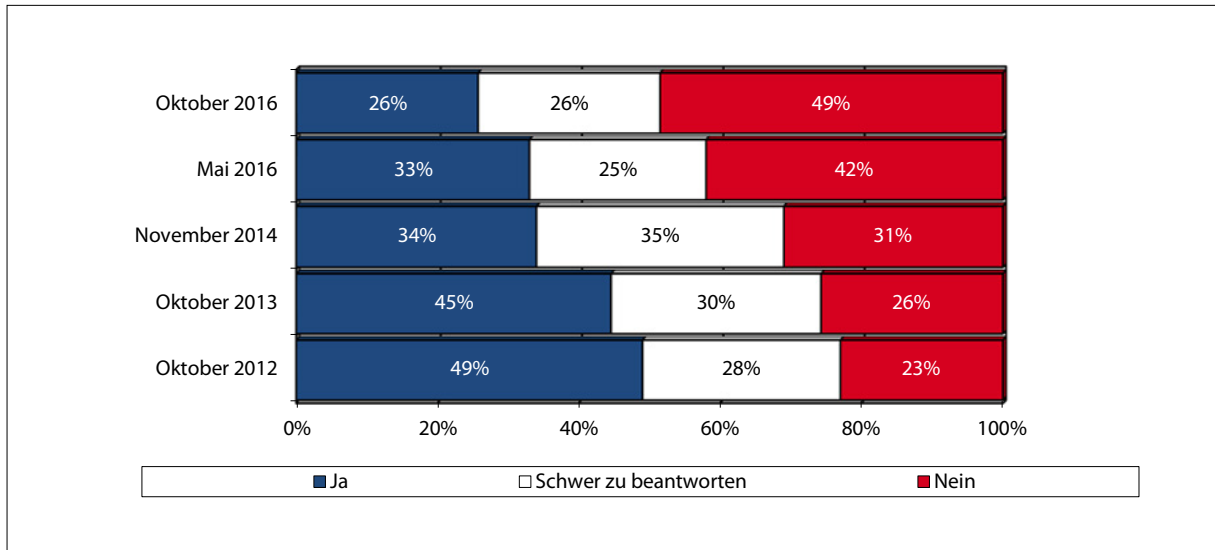
Präsidentschaft von Wladimir Putin

Grafik 11: Würden Sie gern oder würden Sie nicht gern Wladimir Putin weiterhin im Amt des Präsidenten nach Ende seiner derzeitigen Amtszeit nach 2018 sehen?



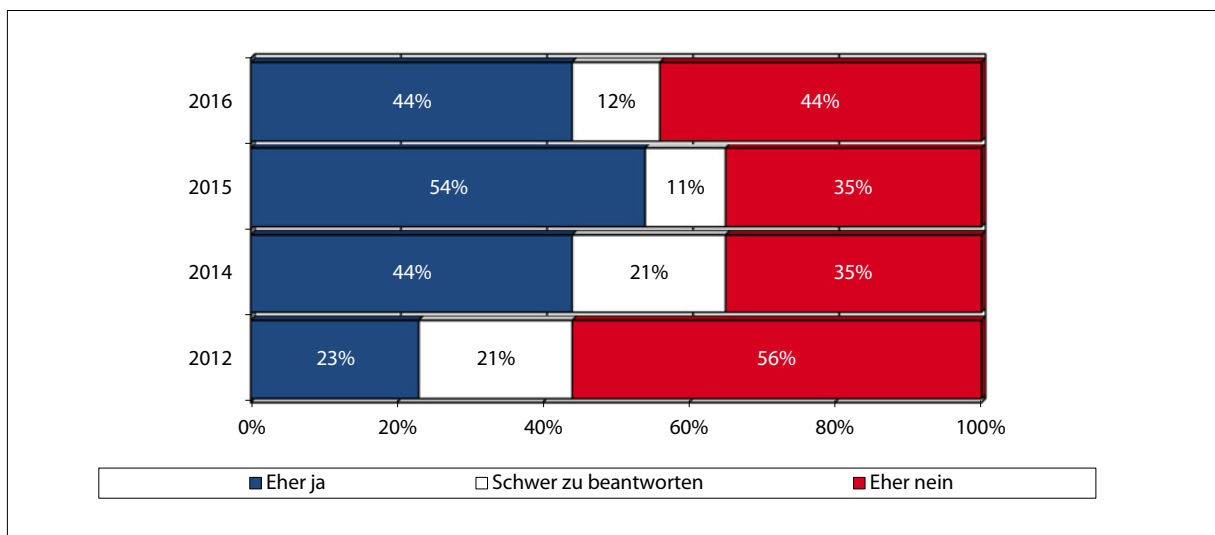
Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Oktober 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/16/alternativa-vladimiru-putinu-2/>, 17. November 2016>

Grafik 12: Was denken Sie, wird in Russland bis 2018 eine Führungsperson auftauchen, die dazu fähig wäre Wladimir Putin im Amt des Präsidenten zu ersetzen, nachdem seine derzeitige Amtszeit endet?



Umfragen des Lewada-Zentrums vom 21.–24. Oktober 2016, <<http://www.levada.ru/2016/11/16/alternativa-vladimiru-putinu-2/>, 17. November 2016>

Grafik 13: Gibt es heute in Russland eine nationale Einheit oder nicht?



Quelle: Umfrage des WZIAM vom 29.–30. Oktober 2016, <<http://wziom.ru/index.php?id=236&cuid=115933>, 3. November 2016>

Das Jahr 2016 im Rückblick: Russische Innenpolitik

Wladimir Gelman, St. Petersburg / Helsinki

Zusammenfassung

Das Jahr 2016 hat im Unterschied zu früheren geraden Jahren, beispielsweise 2012 oder 2014, keine großen Veränderungen in der Innenpolitik gebracht, die etwa mit Putins Rückkehr auf den Präsidentensessel oder der patriotischen Mobilisierung nach der Annexion der Krim vergleichbar wären. Es war ein Jahr der Routine, in dem sich die Konsolidierung des autoritären Regimes in Russland fortsetzte und der Kreml seine Ziele erreichte. Alle realen oder potentiellen innenpolitischen Herausforderungen für die Dominanz des Kreml wurden (zumindest für die nähere Zukunft) beseitigt. Die Legitimität des politischen Systems in den Augen der Bevölkerung (die während der Massenproteste 2011/2012 ernsthaft erschüttert worden war) ist bis zu einem gewissen Grad wiederhergestellt worden. Selbst die intensive Konkurrenz der Interessengruppen beim Zugriff auf die Renten bedeutete für den Status Quo keine große Herausforderung.

Im Grunde lässt sich das Erfolgsrezept des Kreml 2016 durch das Prisma der drei »D« betrachten: Demobilisierung, Destruktion und Desinformation. Die Entwicklung hin zum Aufbau einer wirksamen Propagandamaschine, verknüpft mit einem extensiven Einsatz von Zwangsmitteln gegen Opponenten des Regimes und einer politischen Demobilisierung, war schon früher zu beobachten gewesen und fand 2016 seine logische Fortsetzung.

Wahlen ohne Auswahl?

Die Wahlen zur Staatsduma am 18. September 2016 haben das Gleichgewicht von vor 2011 wiederhergestellt, bei dem »Einiges Russland« im Unterhaus des russischen Parlaments eine äußerst dominierende Position innehat. Der Kreml hat aus seinem Versagen bei den vergangenen Parlamentswahlen eine Reihe von Lehren gezogen und seine politischen und institutionellen Instrumente effizient eingesetzt, um eine umfassende Kontrolle über den Wahlprozess zu gewährleisten. In erster Linie wurde das Wahlsystem bei den Dumawahlen erneut geändert. 2007 und 2011 hatten die Wahlen unter reinem Verhältniswahlrecht mit einer Sperrklausel von 7 Prozent stattgefunden. 2016 wurde wieder das gemischte Wahlsystem mit einer Sperrklausel von 5 Prozent (wie bei den Wahlen von 1993 bis 2003) eingeführt: 225 Mandate werden an die Gewinner in den Direktwahlkreisen verteilt. Die übrigen 225 Mandate werden proportional zu den Stimmen für die Kandidatenlisten der Parteien verteilt. Das gemischte Wahlsystem hatte sich aus dem äußerst starken Einfluss lokaler Politik- oder Wirtschaftsgrößen auf die Wahlen in den Direktwahlkreisen ergeben, in einer Zeit, da die politische Kontrolle des Kreml über die Regionen nur schwach war. Der Einsatz des reinen Verhältniswahlrechts hatte den regionalen Regierungschefs hingegen nur begrenzt Vorteile geboten, da sie nur wenig Möglichkeiten hatten, »ihre« Kandidaten auf nationaler Ebene zu platzieren. Gleichzeitig hatten sie aber in der jeweiligen Region die Stimmen für die Kremlpartei zu liefern. Die Wiedereinführung des gemischten Wahlsystems bedeutete für sie eine ausbalancierte Kombination aus positiven und negativen Anreizen für den Ablauf der Wahlen in

den Regionen, wo die Gouverneure eine herausragende Rolle in den Direktwahlkreisen spielen. Wenig überraschend wies die Geographie der Direktwahlkreise in vielen Regionen eine Grenzziehung zugunsten ländlicher Gebiete auf, in denen die lokale politische Maschinerie ohne größeren Widerstand mit voller Wucht eingesetzt werden kann. Angesichts der Stärke der regionalen politischen Maschinen gewann »Einiges Russland« dann auch in nahezu allen Direktwahlkreisen, mit Ausnahme jener, in denen sie zugunsten anderer kremltreuer Parteien auf eigene Direktkandidaten verzichtet hatte. Während »Einiges Russland« bei den nach Listen vergebenen Mandaten nur ein wenig besser als 2011 abschnitt, sorgten die Direktkandidaten für eine uneingeschränkte Dominanz der »Partei der Macht« in der Staatsduma (s. Tabellen 5 u. 6 auf S. 20).

Ein weiterer Faktor war der geänderte Wahltermin. Alle bisherigen Dumawahlen waren im Dezember abgehalten worden; 2016 wurden sie für den September angeordnet. Dieser Schritt zielte darauf ab, durch die vorangehenden Sommerferien das Interesse in der Gesellschaft und somit die Wahlbeteiligung zu verringern (wodurch sich dann weitgefächerte Möglichkeiten für Manipulationen am Wahltag ergeben) und eventuelle Effekte negativer Kampagnen (wie bei den Wahlen 2011) zu reduzieren. Gleichzeitig wollte der Kreml größere Skandale und Verwürfe wegen unfairer Wahlen vermeiden. Die Liste der Parteien, denen eine Teilnahme gestattet wurde, wurde auf 14 erweitert (gegenüber 7 Parteien bei den Wahlen 2011), sie umfasste auch »nichtsystemische« Parteien wie »PARNAS« (die dann weniger als 1 Prozent der Stimmen erhielt). Diese Maßnahmen dienen zwar weithin der Dekoration doch trug das Vorgehen

des Kreml beträchtliche Früchte. Die offizielle Wahlbeteiligung ging auf unter 48 Prozent zurück; in den großen Städten ging nur rund ein Drittel der Wahlberechtigten zur Wahl. Einigen Schätzungen zufolge, war das Ausmaß der Wahlfälschungen verschiedenster Art ungefähr mit dem von 2011 vergleichbar. Nach dem Wahltag waren allerdings keine größeren Proteste zu verzeichnen. Die russischen Wähler, die bei und nach den letzten Parlamentswahlen politisch engagiert waren, waren 2016 passiv, wenn nicht gar apathisch: Viele gingen nicht zur Wahl und wurden auch nicht in anderer Form politisch aktiv. Wie ist das zu erklären?

Angst und Hass in Russland

Die repressive Wende, die der Kreml nach den Protesten von 2011/2012 einleitete, hatte das Ziel, das Risiko einer gegen das Regime gerichteten Mobilisierung bei den anstehenden Wahlen und darüber hinaus zu minimieren. Diese Wende wurde auch durch wirtschaftliche Schwierigkeiten bestimmt: Die wirtschaftliche Rezession angesichts weltweit fallender Ölpreise und die internationalen Sanktionen (wie auch Russlands Gegensanktionen) ließen keinen Raum, um sich weiterhin die Loyalität der Bürger zu erkaufen. Ganz im Gegenteil: Die realen Löhne, Gehälter und Renten in Russland sind vor den Wahlen gesunken und werden auch in den kommenden Jahren weiter zurückgehen.

Der Kreml hat wirkungsvoll eine ganze Reihe repressiver Instrumente eingesetzt: 1) eine Gängelung und Einschüchterung von regimekritischen Personen und Organisationen (in erster Linie von NGOs, die als Schnittstellen eines Netzwerks regimefeindlichen Engagements betrachtet werden); 2) eine zunehmende Kontrolle über den Informationsfluss – die Maßnahmen reichen von einem Austausch der Führungsriege in Medienorganisationen bis hin zu einer Ausweitung der Anti-Extremismus-Gesetze; und 3) eine vom Regime vorangetriebene Hysterie eines »Kulturkampfes«, die wirksam als Mittel zur Konsolidierung der öffentlichen Meinung um das Regime und zur Diskreditierung von Regimegegnern eingesetzt wird.

Die Kombination aus neuen strengeren Vorschriften und deren Anwendung sind zum Kern einer systematischen und konsequenten Politik der Angst geworden, die 2016 bislang ihre Ziele erreichte. Ungeachtet der gestiegenen Zahl wirtschaftlich motivierter Proteste (wie etwa denen der Fernfahrer, die gegen Mautgebühren protestieren), blieben diese weithin lokaler Natur und wurden von den Regionalregierungen eingedämmt. Gleichzeitig ging die Zahl der Teilnehmer an regimekritischen Protesten zurück, Hunderte Aktivisten und Regimegegner sind aus Furcht vor strafrechtlicher Verfolgung und/oder einem weiteren »Anziehen der Schrauben« aus dem Land

geflohen. Viele unabhängige Organisationen sind entweder geschlossen worden oder haben ihre Stimme gesenkt, übten Selbstzensur, wurden, als »Nationalverräter« stigmatisiert, in enge Nischen gedrängt und hatten zahlreiche Schwierigkeiten zu bewältigen. 2016 war die Medienholding »RBK« (»rbc.ru«), die Michail Prochorow gehört, gezwungen, ihre Führung auszutauschen und ihre Inhalte moderater zu gestalten. Eine Reihe anderer Medien, einschließlich der »Nowaja Gaseta« und der »Wedomosti« (und eine Menge lokaler Medien) wurden mit Verleumdungsklagen unter Druck gesetzt und mildern manchmal ihren kritischen Ton gegenüber dem Kreml. Die offizielle Liste der »ausländischen Agenten«, die vom Justizministerium geführt wird, ist 2016 auf 148 Einträge angewachsen. Dort sind jetzt auch Russlands größtes Netzwerk von Bürgerrechtsaktivisten »Memorial« und das angesehenste Meinungsforschungsinstitut des Landes, das Lewada-Zentrum« zu finden. Die Zahl politischer Häftlinge ist laut Memorial bis Oktober 2016 auf 52 angestiegen (im gleichen Vorjahresmonat waren es noch 40). Diese Zahl ist, verglichen mit vielen autoritären Regimen, dennoch recht niedrig.

Darüber hinaus wurde die Androhung von Gewalt gegen Regimegegner ausgedehnt; regimefreundliche Aktivisten wie die »Nationale Befreiungsbewegung« (»NOD«) und andere militante Gruppen (etwa die »Orthodoxen Aktivisten«) operierten unter einer informellen Protektion durch den Kreml. Früher war nichtstaatliche Gewalt nur für den Nordkaukasus typisch gewesen; 2016 begann sie sich auch auf andere Landesteile auszudehnen. Wenn auch Gewaltakte wie die Ermordung von Boris Nemzow 2015 in diesem Jahr bislang noch nicht zu verzeichnen waren, hat die Atmosphäre des Hasses auch einige Bereiche jenseits der Politik beeinträchtigt: Die Zahl der Skandale um erzwungene Schließungen von Ausstellungen und Absagen anderer Kulturveranstaltungen hat sich in Russland aufgrund des Drucks durch regimefreundliche Akteure drastisch erhöht. Das sind deutliche Signale an alle.

Die repressive Wende hatte im Vorfeld der Duma-wahlen 2016 naturgemäß eine verheerende Wirkung auf die Oppositionsparteien und deren Anhänger. Die »systemischen« Oppositionsparteien – u. a. die »Kommunistische Partei der Russischen Föderation« (KPRF) oder »Gerechtes Russland« – sind mit dem Kreml verbündet und kritisieren nur manchmal Teile dessen Politik: Sie wollen eher eine Wahrung des Status Quo als Veränderungen im Regime. Die nichtsystemischen Oppositionsparteien stehen unter heftigem Druck des Kreml, ihr Mobilisierungspotential bleibt sehr gering. Die Partei »PARNAS«, die beanspruchte hatte, verschiedene regimekritische Aktivisten unter ein Dach zu bringen, erlebte mehrere größere Abspaltungen und schaffte es nicht

mit der Partei »Jabloko« zusammenarbeiten, die dasselbe begrenzte Wählersegment ansprach. Der prominenteste Oppositionsführer, Alexej Nawalnyj, ist aus juristischen Gründen von Kandidaturen ausgeschlossen. Einige seiner Verbündeten haben Wahlen boykottiert, ohne entmutigte Wähler damit irgendwie beeindrucken zu können. Die Dumawahlen unterschieden sich deutlich von den Wahlen 2011, als Nawalnyj und andere Oppositionelle unter dem Motto »Wählt irgendwen, aber bloß nicht ‚Einiges Russland‘!« wirksam eine negative Anti-Kreml-Kampagne organisiert hatten. Anstelle der Begeisterung und der Hoffnungen des »Winters der Unzufriedenheit« von 2011/2012, herrschte 2016 in der politischen Landschaft Russlands Trostlosigkeit.

Fernsehen, Kühlschranks und Rente

Mit Blick auf die nach 2014 entstandene wirtschaftliche Talfahrt haben viele Analytiker und Experten vorausgesagt, dass es trotz der breitangelegten Propagandamaßnahmen des Kreml zu einer Zunahme regimiekritischer Stimmungen in der Bevölkerung kommen könnte. Diese Annahmen werden oft im Rahmen eines »Kampfes zwischen Fernseher und Kühlschrank« (sprich: »Propaganda gegen Konsummöglichkeiten«) im russischen Alltag formuliert. 2016 ist die Macht des »Fernsehers« – auch wenn das Vertrauen in die Medien einen gewissen Rückgang erfahren hat – ungebrochen: Eine Reihe von Umfragen belegen eine große und echte Unterstützung in der Bevölkerung für Putin und das Regime in Russland (Im November 2016 meinten in einer Umfrage des Lewada-Zentrums 56 Prozent der Befragten, dass sich das Land in die richtige Richtung bewege, 86 Prozent waren mit Putins Regieren zufrieden und zwei Drittel gaben einer möglichen Fortführung von Putins Präsidentschaft über 2018 hinaus ihre Zustimmung). Allerdings sollte berücksichtigt werden, dass der Rückgang der realen Einkommen nur in Bezug auf die zuvor erreichten Spitzenwerte von 2013/2014 spürbar war (er betrug nach unterschiedlichen Schätzungen 10 Prozent). Immerhin hat der Wohlstand der Russen 2016 wieder das Niveau von 2011/2012 erreicht und ist keineswegs mit dem der 1990er Jahre vergleichbar. Der »Kühlschrank« ist in der Tat noch voll genug, wenn auch die Fülle wegen des allmählichen Konsumrückgangs bei Gebrauchsgütern, Kleidung und Nahrungsmitteln ein wenig geschrumpft ist. Das ist der Grund, warum der Erhaltung des Status Quo zuliebe viele Russen politischen Stillstand bevorzugen. In diesem Zusammenhang besteht das Ergebnis der aggressiven und umfassenden staatlichen Propaganda weniger in einer echten Unterstützung für den Kreml, als vielmehr in dem Bewusstsein, dass es keine realistische Alternative zum derzeitigen Regime gibt. Zumindest im Jahr

2016 scheinen die Russen, die sich zurückgezogen haben, diesem Argument zu glauben; aufgrund dieser Wahrnehmung forderten sie keine politischen Veränderungen.

Während die Politik in Bezug auf die breite Bevölkerungsmasse 2016 ruhig blieb, waren in den Eliten einige erhebliche Umbesetzungen zu verzeichnen. Putin entließ seinen langjährigen Vertrauten Sergej Iwanow als Chef der Präsidentialadministration und ernannte Anton Wajno zu dessen Nachfolger. Wjatscheslaw Wolodin, der politische Chefstrategie des Kreml, wurde nach den Dumawahlen Vorsitzender der Staatsduma. Im Machtapparat absorbierte der neue Akteur, die 2016 gegründete Nationalgarde unter Putins ehemaligem Bodyguard Viktor Solotow, einen Teil des Einflusses und des Apparates des Innenministeriums und anderer föderaler Behörden. Einige Einschätzungen besagen, dass sich 2016 der verdeckte, aber heftige Konkurrenzkampf zwischen den verschiedenen Behörden (Generalstaatsanwaltschaft gegen Strafermittlungskomitee usw.) verschärft hat, weil die Renten für Putins Kumpane schwinden. Einige aufsehenerregende Strafverfahren, die 2016 eröffnet wurden, führten nicht nur zur Verhaftung eines Gouverneurs (Nikita Belych aus dem Gebiet Kirow gehört nun auch zu den Verdächtigen wie seine ehemaligen Kollegen in der Republik Komi und dem Gebiet Sachalin), sondern es gab auch Anschuldigungen gegen Leiter Föderaler Behörden (etwa den Leiter des Zolldienstes Andrej Beljaninow). Im November 2016 wurde Alexej Uljukajew, Minister für wirtschaftliche Entwicklung und ein langjähriger »Systemliberaler« in der Regierung, der Bestechlichkeit beschuldigt und verlor seinen Posten in der Folge der feindlichen Übernahme der Ölfirma »Baschneft« durch den staatlichen Ölriesen »Rosneft«, an deren Spitze Igor Setschin steht, ein weiterer langjähriger Vertrauter Putins (Uljukajew und sein Ministerium waren gegen diesen Deal gewesen). Der Kampf um die Rentenströme dominierte auch den Entwurf des Haushalts für 2017–2019, der mit Hilfe der Supermehrheit von »Einiges Russland« von der neugewählten Staatsduma verabschiedet wurde. Während die avisierten Ausgaben für die Sicherheit und das Militär anstiegen, wurden viele Positionen für Sozialausgaben (unter anderem für das Gesundheitswesen) entweder gekürzt oder den Regionalhaushalten aufgelegt, die ohnehin in Geldnöten sind.

Fazit

Der Kreml hat 2016 erfolgreich die wirtschaftliche und politische Ordnung zementiert und trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten und der mageren Aussichten auf zukünftiges Wachstum und Entwicklung Herausforderungen gegenüber seiner politischen Dominanz abwenden können. Darüber hinaus stößt der »Drei D«-Ansatz des Kreml auf wenig Widerstand, während andererseits

nahezu niemand in Russland realistische positive Entwicklungsszenarien für das Land ausgemacht hat. Im Oktober 2016 erschien das neue Buch des Petersburger Wissenschaftlers und Analytikers Dmitrij Trawin mit dem bezeichnenden Titel: »Wird Putins System bis 2042 überleben?« [Trawin, Dmitrij: *Prosuschschestwujet li putinskaja*

sistem do 2042 goda?, St. Petersburg: Norma 2016. Das Jahr 2042 ist der 1986 geschriebenen antiutopischen Satire »Moskau 2042« von Wladimir Woinowitsch entlehnt; d. Red.] Es könnte allerdings sehr wohl sein, dass Russland schon viel früher großen Herausforderungen gegenüberstehen wird.
Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Vladimir Gelman ist Professor an der Europäischen Universität in St. Petersburg.

Tabelle 5: Wahlen zur Staatsduma, 2007–2016, Stimmen für die Kandidatenlisten

Partei/Jahr (Anteil der Kandidatenliste, in Prozent)	2007	2011	2016
Einiges Russland	64,3	49,3	54,3
Kommunistische Partei	11,6	19,2	13,5
LDPR	8,1	11,7	13,2
Gerechtes Russland	7,7	13,2	6,2
Andere (zus.)	7,1	3,5	11,0

Tabelle 6: Sitzverteilung in der Staatsduma, 2007–2016

Partei/Jahr	2007	2011	2016	
			insges.	(Kandidatenliste + Direktmandate)
Einiges Russland	315	238	343	(240+203)
Kommunistische Partei	57	92	42	(35+7)
LDPR	40	56	39	(34+5)
Gerechtes Russland	38	64	23	(16+7)
Andere (zus.)	0	0	3	(0+3)

AUS RUSSISCHEN BLOGS

25. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion

Sergey Medvedev, Berlin/Moskau

Am 8. Dezember 1991 trafen sich in dem Jägerhaus »Wiskuli« im Beloweschskaja-Urwald drei Republikchefs: Leonid Krawtschuk, Präsident der Ukraine, Stanislaw Schuschkekewitsch, Vorsitzender des Obersten Sowjets der Republik Belarus, und Boris Jelzin, Präsident der RSFSR. Sie beschließen, den Unionsvertrag von 1922 aufzuheben, und konstatieren, dass »die Union der SSR ihre Existenz als Subjekt des Völkerrechts und als geopolitische Realität beendet« habe. So hieß es im Abkommen über die Gründung der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, das am gleichen Tag unterzeichnet wurde und die Beziehungen zwischen den ehemaligen Sowjetrepubliken regulieren sollte. Lange vor der formellen Auflösung der Sowjetunion hatte die sogenannte »Parade der Souveränitäten« begonnen, bei der zunächst die baltischen Republiken und dann weitere Sowjetrepubliken eine nach der anderen ihre Souveränität und ihre Unabhängigkeit von der UdSSR erklärten. Der gescheiterte Putsch reaktionärer Kräfte im August 1991 in Moskau begrub dann die letzten

Versuche zur Transformation des sowjetischen Staatsgebildes endgültig. Am 25. Jahrestag der Auflösung der Sowjetunion erinnern sich russische Kulturschaffende, Politiker, Schriftsteller, Blogger aus drei Generationen.

Das Belowescha-Abkommen ist ein Verbrechen

*Eduard Limonow
Politiker und Schriftsteller (geb. 1943)*

»Der Zerfall der Sowjetunion ist natürlich eine Tragödie für uns alle. Putin hat darüber gesprochen; ich habe dieses Ereignis damals schon als schrecklichste Tragödie aller Zeiten und Völker bezeichnet. Dazu habe ich ganze Bücher geschrieben. Ich finde, das 25. Jubiläum des Belowescha-Abkommens zu begehen, ist eine Dummheit, als ob wir nun dessen gedenken, woran man sich täglich erinnern sollte.

Die Belowescha-Verschwörung ist ein Verbrechen, was gibt's da noch zu sagen. Es gibt keinerlei historische Gesetze, nach denen Großmächte zerfallen müssen. Nehmen wir die Vereinigten Staaten – die sind doch ein Imperium, das aus über 50 Staaten besteht. Sie wurde mit Feuer und Schwert geschaffen und es ist noch nicht so lange her, im 20. Jahrhundert, dass einige Staaten hinzukamen. Die Europäische Union ist auch ein Imperium – ein Zusammenschluss der reichsten Länder, der gegen den Rest der Welt gerichtet ist.«

Eduard Limonow am 8. Dezember 2016 im Interview für antimaidan.ru; <<https://antimaidan.ru/article/9525>>.

Die betrügerische Privatisierung der neunziger Jahre schuf die Grundlagen des modernen Systems

*Grigorij Jawlinskij,
Wirtschaftswissenschaftler und Politiker,
Mitbegründer der Partei »Jabloko« (geb. 1952)*

»Vor 25 Jahren wurde Boris Jelzins Erlass über die sogenannte »Liberalisierung der Preise« veröffentlicht. Angesichts einer supermonopolisierten Wirtschaft, bei völlig fehlendem Privateigentum war das keine Liberalisierung der Preise, sondern der sowjetischen Staatsmonopole bei der Preisfestsetzung. Natürlich betrug die Inflation im Jahr 1992 dann 2.600%. Als Ergebnis erfolgte die Beschlagnahmung aller Ersparnisse der Bürger des Landes. Bei solch einer Inflation, das ist klar, konnte eine Privatisierung nur betrügerisch erfolgen. Sie wurde in Form einer Affäre Namens »Pfandauktionen« durchgeführt.

Bis jetzt fragen sich viele, was man hätte anders machen sollen? Die Lebensmittelläden waren ja leer... Ich war damals der Ansicht und bestand in Gesprächen mit Jelzin darauf, dass man zur Ausbalancierung von Nachfrage und Angebot nicht mit der Aufhebung der Preiskontrolle der Staatsmonopole, sondern mit einer massenhaften Privatisierung von kleinen und mittleren Unternehmen beginnen sollte. Und zwar, indem man den Menschen Läden, Friseur-salons, Reinigungen, Lkws usw. gegen zu Sowjetzeiten erspartes Geld verkauft. Private Unternehmen hätten dann natürlich das Recht bekommen, die Preise frei festzulegen. Die Theken hätten sich wieder gefüllt und die Inflation wäre natürlich hoch gewesen, aber nicht in einer Höhe von Tausenden Prozent.

Zu jener Zeit wollten die Menschen als Unternehmer tätig sein und man musste ihnen diese Möglichkeit geben. Dann wäre eine Mittelschicht im Lande entstanden. Stattdessen wurde dem Lande eine Hyperinflation beschert. Beschlagnahmung und betrügerische Privatisierung – Verschmelzung von Eigentum und Macht – dies hat die Grundlage des Systems geschaffen, in dem wir jetzt leben. [...]«

Grigorij Jawlinskij am 6. Dezember 2016 auf Facebook; <<https://www.facebook.com/yavlinsky.yabloko>>.

Wir leben in einer etwas geänderten Form der Sowjetunion

*Maxim Trudoljubow,
Journalist, Wedomosti (geb. 1970)*

»Unser materielles Umfeld – das, in dem wir wohnen und worauf wir gehen, inklusive der Häuser, Bezirke und ganzer Städte – ist in der Sowjetunion hergestellt worden. Vieles ist dort entwickelt worden – von Plattenbauten bis zu Weltraumraketen – und wird jetzt in einer etwas geänderten Form weiter verwendet. Der Großteil der Bevölkerung, mich eingeschlossen, stammt von Geburt aus dem sowjetischen Land. Es wächst aber die Zahl derjenigen, die keine persönliche Erfahrung mit jener Realität haben. Immerhin, 25 Jahre sind viel. Fünfundzwanzig Jahre bedeuten, wie der Historiker Wladislaw Subok (Autor des ersten Artikels der Reihe »Unser Sowjetisches«, die der Erinnerung an die UdSSR gewidmet ist) bemerkt hat, dass die lebendige Erinnerung an die Ereignisse zu verschwinden beginnt. [...]«

Eine Menge in unserem Leben ist unmittelbar von der Moderne (*modernity*) westlicher Art übernommen worden: bestimmte (nicht alle) Marktelemente, Autos, Kleidung, sogar »Kleidung für die Stadt«, wenn man die Ausgestaltung

der Städte so nennen kann. Aber die sowjetische Moderne, das ist die Grundlage, auf der sich die Supermärkte, Shopping-Malls am Stadtrand, Town-Houses, Fitnesszentren, Barber-Shops und Cafés häufen, die sich von ihren amerikanischen Geschwistern nicht unterscheiden. [...]«

Maxim Trudoljubow am 9. Dezember 2016 bei vedomosti.ru; <<http://www.vedomosti.ru/opinion/columns/2016/12/09/668915-sdelano>>.

Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist die Welt weniger sicher und weniger gerecht geworden

*Dmitrij Sablin
Duma-Abgeordnete und Co-Vorsitzender
der »Antimaidan«-Bewegung (geb. 1968)*

»Der Zerfall der Sowjetunion war eine Tragödie. Darüber hat unser Präsident gesprochen, und so fühlen auch wir alle, die wir in diesem Land mit seiner großen heldenhaften und tragischen Geschichte geboren wurden. Die Welt, die sich vorübergehend zu einer unipolaren gewandelt hat, ist weniger sicher und weniger gerecht geworden.

Diejenigen, die zum Belowescha-Abkommen applaudierten, hatten gehofft, dass das Große Russland für immer von der Weltkarte verschwunden sei. Heute sehen sie, dass sie sich geirrt haben. Wir werden weiter leben und vorwärts schreiten, und uns dabei von keinem Kapitel unserer Geschichte lossagen, die wir uns zu eigen gemacht, und deren Lehren wir aufgearbeitet haben.«

Dmitrij Sablin am 8. Dezember 2016 im Interview für antimaidan.ru; <<https://antimaidan.ru/article/9525>>.

Die Politik Gorbatschows hat die Sowjetunion umgebracht

*Wladislaw Isajew,
Pressesprecher des Investitionsunternehmens Finam (geb. 1972)*

»Bei aller Abneigung gegen bestimmte Teilnehmer muss ich daran erinnern, dass nicht die Unterzeichner von Belowesha die UdSSR zugrunde gerichtet haben. Zu dem Zeitpunkt, als sie sich versammelten, gab es das Land als ein geschlossenes Ganzes schon nicht mehr: Das einheitliche Verwaltungssystem funktionierte nicht, das einheitliche Wirtschaftssystem war zum Teil schon auseinandergerissen und zum Teil gelähmt, und noch weniger gab es eine Einigkeit im sowjetischen Volk, das fast sechs Jahre einer Gehirnwäsche unterzogen worden war. [...] Die UdSSR ist durch die dilettantische Politik Gorbatschows umgebracht worden. Und Jelzin, Krawtschuk und Schuschekewitsch haben lediglich die Sterbeurkunde ausgestellt und das Hab und Gut aufgeteilt. [...]«

Wladislaw Isajew am 8. Dezember 2016 auf Facebook; <https://www.facebook.com/permalink.php?story_fbid=1362407790458600&id=100000681770994>.

Für mich ist die Sowjetunion nie gestorben

*Iosif Kobson,
Schlager-Sänger und Duma-Abgeordnete (geb. 1937)*

»[...] Die UdSSR mag für Sie gestorben sein, für mich ist sie das nicht. Wie es die Bruderrepubliken gegeben hat, so gibt es sie immer noch; wie es eine nationale Kultur in allen Republiken gegeben hat, so gibt es sie immer noch. Wie es den Komsomol gegeben hat, wo eine anständige Jugend lernte, Russland zu lieben, so gibt es den immer noch. Deswegen gibt es die sowjetische Genetik immer noch – sie ist geblieben, obwohl einige [hier folgt ein vulgärer Kraftausdruck] wie etwa Gorbatschow und Jelzin die Großmacht zerstört haben. Für mich hat es die Sowjetunion gegeben und es wird sie immer geben, da gibt es keinerlei Ende für mich.«

Iosif Kobson am 8. Dezember 2016 im Interview für riafan.ru; <<https://riafan.ru/582670-kobzon-eto-dlya-vas-sssr-konchilsya-25-let-nazad-a-dlya-menya-on-ne-konchalsya>>.

Die Sowjetmachthaber sind für mich Okkupanten Russlands

*Ilja Warlamow,
Blogger und Fotograf (geb. 1984)*

»Heutzutage versuchen viele nostalgische Bürger zu meiner großen Verwunderung, die Leiche des »Sowok« [der Sowjetunion] aus dem Grab zu holen und wiederzubeleben.

Nach 25 Jahren denken die Leute komischerweise, dass der »Sowok« so ein netter gerechter Staat war, wo glückliche schöne Menschen in sonnendurchfluteten Küchen Tee mit Kringeln trinken. Gagarin fliegt in den Weltraum. Kobson ist jung. Das Olympische Bärchen Mischka fliegt zum Himmel. Die Leute fahren nach Gagra und auf die Krim in Urlaub. Auf die sauberen hellen Straßen strömen die sanften Stimmen sowjetischer Sänger. Eis gibt es für

‘nen Groschen. Selbstverständlich war das Brot leckerer, das Wasser sauberer, die Bäume höher und vor allem haben sich alle vor uns gefürchtet! [...]

Politiker befeuern diese nostalgische Liebe und rufen dazu auf, den »Sowok« zurückzuholen. Die LDPR betreibt [damit] momentan völlig offene Werbung und verspricht, die Grenzen der UdSSR wiederherzustellen. Jedem Menschen, der im Kopf mehr als nur Grütze aus einer sowjetischen Kantine hat, muss klar sein, dass man in der modernen Welt keine der Grenzen der UdSSR wiederhergestellt werden kann. Der Wähler ist aber bereit, seine Stimme einem Traum zu geben.

Man kann die Menschen schon verstehen, die sich aufrichtig nach dem »Sowok« zurücksehnen. Vor 30–40 Jahren waren sie jung und glücklich, haben ein sorgloses Leben geführt und ihnen ging es gut. Alles war klar und einfach. Heute sind sie alt und krank, ihre besten Zeiten sind dort geblieben, hinter einer Grenze von 25 Jahren.

[...]

Die Sowjetmacht, das sind für mich Okkupanten Russlands. Das ist eines der blutigsten und unmenschlichen Regime des 20. Jahrhunderts. Sie haben die Schwäche des Zaren genutzt, um Macht zu erobern und 69 Jahre das Land vergewaltigt. Sie vernichteten das Bauertum, die unternehmerischsten und am besten wirtschaftenden Menschen; sie vernichteten das Militär, die Geistlichen, die Politiker. Als von den für die Sowjetmacht fremden Elementen niemand mehr übrig war, begannen sie die eigenen Leute zu tilgen. Diejenigen, die den Sowjetstaat gegründet haben, wurden von demselben Staat vernichtet. Der berühmte 17. Parteitag der KP im Jahr 1934 wurde später »Parteitag der Erschossenen« genannt, weil mehr als die Hälfte der Teilnehmer in den Jahren des Großen Terrors repressiert wurde. Das ist nur eines der Kapitel.

[...]

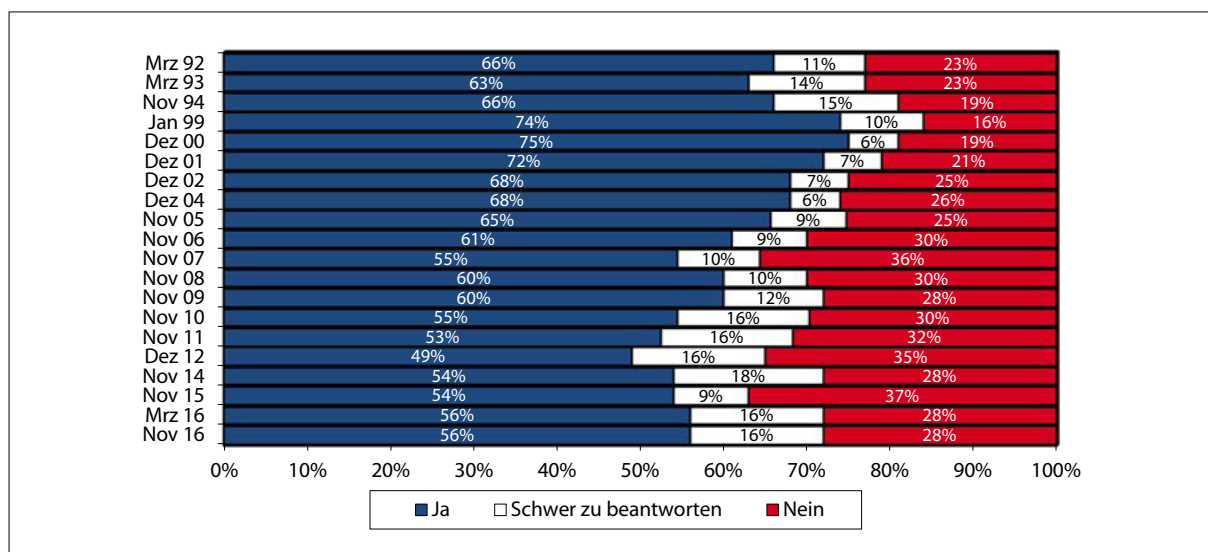
Vor 25 Jahren hat sich mein Land von der Unterdrückung durch die Okkupanten befreit. Das ist ein schöner, herrlicher Feiertag. Erziehen Sie Ihre Kinder zu freien Menschen. Ich hoffe, Russland wird genug Kraft haben, diese Pest endgültig zu besiegen.«
Ilja Warlamow am 21. August 2016 auf varlamov.ru; <<http://varlamov.ru/1905804.html>>.

*Ausgewählt und eingeleitet von Sergey Medvedev, Berlin
 (Die Blogs, auf die verwiesen wird, sind in russischer Sprache verfasst)*

UMFRAGE

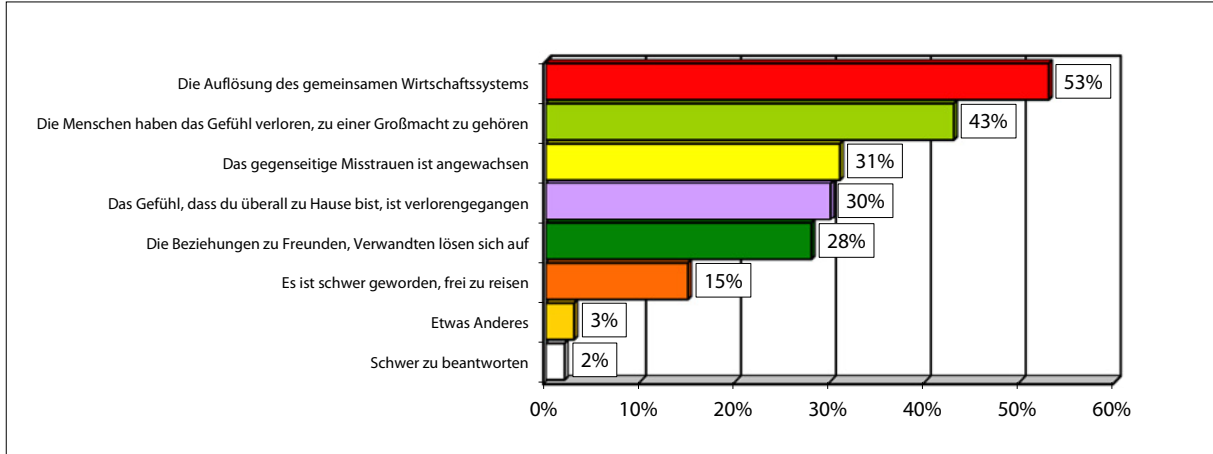
Zerfall der UdSSR und Nationale Einheit

Grafik 14: Bedauern Sie den Zerfall der UdSSR?



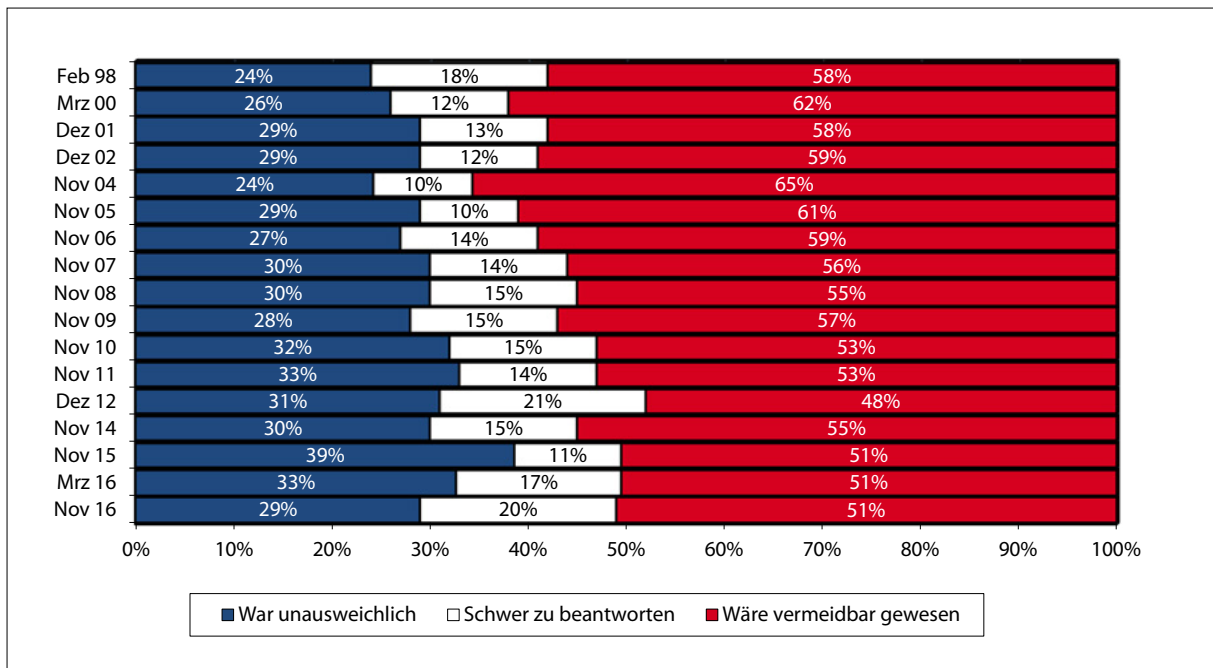
Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/12/05/raspad-sssr-prichiny-i-nostalgiya/>, 6. Dezember 2016>

Grafik 15: Aus welchem Grund bedauern Sie den Zerfall der UdSSR?



Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/12/05/raspad-sssr-prichiny-i-nostalgiya/>, 6. Dezember 2016>

Grafik 16: Wie denken Sie heute, war der Zerfall der UdSSR unausweichlich oder nicht?



Umfragen des Lewada-Zentrums vom 18.–21. November 2016, <<http://www.levada.ru/2016/12/05/raspad-sssr-prichiny-i-nostalgiya/>, 6. Dezember 2016>

Ein Blick in die Hölle

Jens Siegert, Moskau

Am 23. November machte Memorial eine Datenbank mit knapp 40.000 Namen von Mitarbeitern der sowjetischen Geheimpolizei NKWD aus den Jahren 1935 bis 1940 online zugänglich (<http://www.memo.ru/d/279744.html>). Eigentlich nichts Ungewöhnliches und auch nichts Neues, denn diese Liste derer, die den Großen Terror 1937/38 durchgeführt und verwaltet haben, gab es bereits vorher auf CD oder konnte im Archiv von Memorial eingesehen werden. Offenbar aber hat online inzwischen eine viel stärkere Wirkung als jede andere Publikationsform, ist es ein großer Unterschied, ob man sich per Post oder per Telefon darum bemühen muss, eine CD zugeschickt zu bekommen oder ob man einfach einen Link anklickt. Jedenfalls brach sofort ein Sturm über Memorial ein. Die Website brach wegen des großen Andrangs am ersten Tag zusammen (was – falsche – Spekulationen über eine DDOS-Attacke auslöste) und ist bis heute nur zu erreichen, weil andere Teile der Memorialwebsite zumindest teilweise abgeschaltet oder umgeleitet wurden.

Die Komsomolskaja Prawda (KP), ein immer eilfertiges Linienblatt des Kremls, schrieb über einen angeblichen »Brief von Nachkommen der Mitarbeiter der NKWD«, in dem die sofortige Sperrung der Website gefordert wurde, da zu befürchten sei, dass die »Kinder, Enkel und Großkel von Repressierten« sich für ihre verfolgten Vorfahren »rächen« könnten. Der Brief stellte sich später als *journalistische Erfindung* heraus und der entsprechende Artikel ist inzwischen nicht mehr im Netz zu finden. Später schaltete die KP um und forderte Nachkommen der NKWD-Mitarbeiter auf, ihre Geschichten einzusenden (<http://www.oms.kp.ru/daily/26612.7/3629151/>). Zuvor hatte sie schon ein durchaus vernünftiges Interview mit Jan Ratschinskij, Vorstandsmitglied von Memorial, unter der Überschrift »Sie waren nicht alle Henker« veröffentlicht (<http://www.kp.ru/daily/26611.4/3628345/>).

Auch der Kreml reagierte. Putin-Sprecher Dmitrij Peskow nannte die veröffentlichten Daten »äußerst sensibel« und verwies darauf, dass es darüber in der Gesellschaft »radikal gegensätzliche Meinungen« gebe. Das war zwar keine direkte Verurteilung, wurde aber allgemein als Ausdruck von Unwillen aufgefasst. Das Staatsfernsehen berichtete in den Hauptnachrichten über die Datenbank, teils direkt ablehnend, teils mit deutlich negativem Unterton. Weniger zurückhaltend äußerte sich der bekannte Scharfmacher Konstantin Sjomín im landesweit empfangbaren staatlichen Fernsehkanal *Rossija-1*. Er widmete dem Thema am 26. November

gleich zehn Minuten seiner treffender Weise *Agitprop* genannten Sendung (http://www.vesti.ru/videos/show/vid/699001/cid/3744/#/video/https%3A%2F%2Fplayer.vgtrk.com%2Fiframe%2Fvideo%2Fid%2F1600075%2Fstart_zoom%2Ftrue%2FshowZoomBtn%2Ffalse%2Fsid%2Fvesti%2FisPlay%2Ftrue%2F%3Facc_video_id%3D699001). Darin vergaß er weder zu erwähnen, dass Memorial »ausländischer Agent« sei, noch eine organisierte Kampagne anzudeuten, da es doch kein Zufall sein könne, dass die Datenbank just zu einer Zeit online zugänglich gemacht werde, in der schon ein anderer, ähnlich gelagerter Fall öffentlich und kontrovers diskutiert werde.

Dabei handelt es sich um die Recherche von Denis Karagodin aus der sibirischen Universitätsstadt Tomsk (<http://blog.stepanivanovichkaragodin.org>). Karagodins Urgroßvater, ebenfalls Denis Karagodin geheißen, war 1937 im Großen Terror von einem Tribunal, einer sogenannten *Troika*, als angeblicher japanischer Spion zum Tode verurteilt und hingerichtet worden. Der Urenkel hat die Namen aller beteiligten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des NKWD von der politischen Spitze über die Hinrichter bis zum Chauffeur und der Sekretärin zusammen gestellt und veröffentlicht. Karagodin will nun den russischen Staat als Rechtsnachfolger der Sowjetunion verklagen und erreichen, dass die Tötung seines Urgroßvaters nicht nur moralisch, sondern auch juristisch als Verbrechen eingestuft wird. Es gehe ihm aber nicht um Strafe (ohnehin sind alle am Mord an seinem Urgroßvater beteiligten NKWD-Mitarbeiter längst gestorben, viele im Staatsterror, dem sie gedient haben, selbst hingerichtet, nicht wenige aber auch erst im Rentenalter eines höchst natürlichen Todes), sondern um (historische) Gerechtigkeit und auch Versöhnung.

Damit kommt Karagodin der Position von Memorial recht nah. Die hat Arsenij Roginskij, Vorstandsvorsitzender von Memorial, in seiner großen Rede über die »Erinnerungen an den Stalinismus« vom Dezember 2008 so formuliert: Eines der ungelösten Probleme in Russland mit der kollektiven Erinnerung sei, dass immer nur der Opfer gedacht werde, während man die Täter entweder feiere oder schweigend übergehe. Ohne aber jemals die Täter (beim Namen) zu nennen und ihren taten auch eine juristische Bewertung zu geben, sei die russische Gesellschaft wie in einer Endlosschleife dazu verurteilt ihre Tragödien (selbstverständlich in Variationen) zu wiederholen. Memorial hat nun erneut (nach der Veröffentlichung der sogenannten Stalinschen Erschießungslisten, eines Nachschlagewerks über die

»Leitenden Kader des NKWD von 1933 bis 1941« und zahlreicher Monographien zu hohen NKWD/KGB-Offizieren), versucht, einen Anstoß zu geben, diesen Teufelskreis zu durchbrechen.

Das könnte auch strafrechtliche Folgen haben. Iwan Sucharew, Dumaabgeordneter der Schirinowskij-Partei LDPR, hat Anfang Dezember die Generalstaatsanwaltschaft aufgefordert zu prüfen, ob Memorial mit der Veröffentlichung der Datenbank im Internet nicht gegen Paragraph 282 des russischen Strafgesetzbuchs verstoße und »Hass gegen eine soziale Gruppe« schüre. Gemeint ist die »soziale Gruppe« der NKWD-Mitarbeiter (Denis Karagodin nennt sie klarer und einfacher »Henker«, ein Begriff, den Memorial in diesem Zusammenhang bisher meidet). Dieser Paragraph ist ein in den letzten Jahren immer beliebter werdendes Instrument von Polizei und Geheimdiensten, sich unliebsamer Kritik zu erwehren. Die Generalstaatsanwaltschaft ist verpflichtet, dieser Anschuldigungen nachzugehen, weil derartige Anforderungen von Abgeordneten vom Gesetz her eine Untersuchung und eine Antwort verlangen.

Tatsächlich ist der meistgehörte Vorwurf an Memorial, durch die Veröffentlichung der Namen würde die ohnehin wenig geeinte russische Gesellschaft noch weiter gespalten. Gegenwärtig aber gehe es ums Überleben der Nation, ja des Landes überhaupt in einer prinzipiell feindlichen Welt und da müssten alle einig zusammen stehen, will sagen, hinter der Staatsführung stehen. Fernsehmoderator Sjomir fasste das in der polemischen Frage zusammen, warum Memorial und seine Anhänger immer wieder die Mär von der Sowjetunion aufwärmten, in der »die Hälfte gesessen und die andere Hälfte sie bewacht« habe.

Memorials Vorstandsmitglied Alexander Tscherkasow hat darauf erst einmal eine einfache, weil empirische Antwort: Die knapp 40.000 Namen in der Datenbank seien bei vor dem Krieg offiziell zwischen 165 Millionen (Volkszählung 1938) und 192 Millionen Einwohnern (nach Annexion von Ostpolen und der baltischen Staaten 1939/1940) weit weniger als ein Zehntel Prozent der Bevölkerung der Sowjetunion gewesen. Für die heute in Russland lebenden Menschen (etwa der Hälfte der Bewohner der Sowjetunion) sei die Wahrscheinlichkeit darunter Verwandte zu finden also äußerst gering. Viel wahrscheinlicher sei es dagegen, heute auf Nachfahren von mindestens 12 Millionen (so die konservativste Schätzung von Memorial) politisch in der Sowjetunion Verfolgten oder der gut eine Millionen nach Urteilen Hingerichteten zu stoßen (<http://www.inliberty.ru/blog/2444-Vglyadyvayas-v-bezdnju>).

Wenn das aber so ist, wenn es sich nur für wenige um eine wirklich persönliche Angelegenheit handeln kann, muss umso mehr eine Antwort darauf gefun-

den werden, warum die Reaktionen auf beiden Seiten so heftig sind. Zumal das auch auf die vielen positiven Reaktionen zutrifft (zum Beispiel hier: https://lenta.ru/articles/2016/12/02/nkvd_list/). Zugunsten der Veröffentlichung der NKWD-Mitarbeiternamen sprechen sich zudem nicht nur Nachfahren von Opfern politischer Verfolgung aus. Memorial hat in den vergangenen drei Wochen mehrere Dutzend Zuschriften von Menschen bekommen, die die Namen ihrer Vorfahren in den Listen gefunden haben. Viele von ihnen schickten zusätzliche Informationen, auch Dokumente, um die Datenbank zu vervollständigen. Denis Karagodin berichtet vom ausdrücklichen Dank und einer Entschuldigung der Nachfahrin eines der NKWD-Mitarbeiter, die an der Ermordung seines Urgroßvaters beteiligt waren.

Die heftigen, direkten und kontroversen Reaktionen weisen darauf hin, wie groß und wie tief die Wunden immer noch sind, die das grausame 20. Jahrhundert in die meisten Menschen in Russland geschlagen hat. Doch warum ist das so? Eine (vorläufige) These: Drei tragische Ereignisse prägen die russische Erinnerung an das 20. Jahrhundert: die Kollektivierung, der Terror und der Krieg. Die Erinnerung an alle drei wurde von der sowjetischen Führung kupiert, kanalisiert und letztlich in das enge Bett eines offiziellen Narrativ gepresst. Dazu dienten vor allem zwei Mittel: Die Konstruktion eines »sowjetischen Volkes« und Angst.

Das »sowjetische Volk« sollte eine neue historische Gemeinschaft konstituieren, die das ethnische Alte, angeblich Überkommene hinter sich lässt. Das geschah in Ansätzen auch, aber oft auf eine wohl nicht intendierte, sehr individuelle Weise, indem sich viele Menschen ihrer individuellen Biographie entledigten, zumindest teilweise.

Jeder sowjetische Bürger und jede sowjetischen Bürgerin musste im Laufe des Lebens viele Male einen Lebenslauf, die *Anketa*, abliefern. Bei der Aufnahme zu den Pionieren, später in den Jugendverband Komsomol. Dann wieder zur Aufnahme in die Universität oder vor dem Erlernen eines anderen Berufs. Beim Antreten einer Arbeitsstelle und vor Beförderungen. Letztlich natürlich beim Versuch, in die kommunistische Partei einzutreten. Immer wieder diente die *Anketa* zur sozialen Segregation. Viele Menschen hatten in ihren Lebensläufen, zu denen untrennbar die Vorfahren bis ins dritte Glied gehörten, etwas, das anfangs, bis Stalins Tod, gefährlich, später dann immerhin noch in vielfacher Hinsicht hinderlich war: die »falschen« Vorfahren, die »falsche« ethnische Herkunft, den »falschen«, weil religiösen Glauben. Mit der Zeit, nach und nach, ließen sie immer mehr Details aus ihrer *Anketa* »verschwinden«. Sie wurden weggelassen, leicht verändert oder umgeschrieben. Was aus der *Anketa* verschwand, überlebte höchstens als familiäre

Erinnerung, aber auch das nicht immer. So entstand ein Land ohne öffentliche und mit fragmentierter privater Erinnerung.

Diese Zurichtung vor allem des öffentlichen Gedächtnisses geschah im Übrigen nicht nur mit den staatlichen Verbrechen der Zwangskollektivierung und des Terrors, sondern auch mit der Erinnerung an den Krieg. In Erinnerung sollte der Sieg bleiben und nur der Sieg des *sowjetischen Volkes* (das als Träger der Sowjetunion 1977 in die sogenannte »Breschnjewsche Verfassung« aufgenommen wurde). Weder die Niederlagen und die deutsche Besatzung am Anfang, noch die unermesslichen Leiden des Kriegs, der *Preis des Sieges*, sollten diese lichte Erinnerung verdunkeln. Vor allem aber sollte damit die Verbindung zwischen den *Henkern im Terror* und den *Helden des Sieges* (mitunter dieselben Personen, auf jeden Fall aber die gleichen Herrscher) verborgen werden.

Dafür, dass das Verdrängte nicht so schnell wieder zum Vorschein kam, sorgte zudem die Angst. Sich zu erinnern war in der Sowjetunion gefährlich. Bis zu Stalins Tod nicht selten sogar lebensgefährlich. Später wurde die Gefahr zwar geringer, doch einigermaßen gefahrlos blieb die Erinnerung nur im engsten Familienkreis. Aber selbst das versagten sich viele lieber. Der stalinistische Terror wirkte somit weiter. Er steckt bis heute in den Köpfen der Menschen. Arsenij Roginskij sagte einmal in einer Diskussion zu deutschen Diskussionspartnern (ich zitiere aus dem Gedächtnis): »Ihr müsst wissen, dass im Kopf eines jeden von uns immer noch ein kleiner Stalin sitzt.« So grausam, das ist die kollektive und bis heute unangefochtene Erfahrung, kann (kann!) der russische Staat sein. Warum sich also mit ihm anlegen, zudem er immer wieder, wenn auch in letzter Zeit meist eher verschämt, mit Stalin koket-

tiert? Die Ruhe und, ja, auch Erleichterung, mit der in der Zeit des Breschnjewschen Stillstands in der Sowjetunion gelebt und erlebt wurde und wie sie heute erinnert wird (in Lewada-Umfragen in Russland ist das stets die am positivsten bewertete Periode des 20. Jahrhunderts), sind ohne den Terror und auch ohne den repressiven Staat nicht verständlich. Es ist kein Zufall, dass Memorial in der Perestroika als Massenbewegung entstanden ist, die mit der Forderung »Wir wollen wissen!« (was mit unseren Vätern und Müttern, Großmüttern und Großvätern passiert ist, ist hier zu ergänzen) Demonstrationen mit mehr als einer Million Menschen auf die Straßen brachte. Die darauf folgende Zeit der Offenheit dauerte allerdings nicht lange.

Das Problem der heutigen russischen Führung ist es, dass sie ihre Herrschaft vor allem mit einem moralisch reinen Sieg im Krieg zu legitimieren und dabei die dunklen Seiten dieses Sieges auszublenden versucht. Solange das geschieht, so lange Leute wie Kulturminister Medinskij unwidersprochen sagen können, Heldenmythen seien wichtiger als geschichtliche Wahrheit, wird sie weder Stalin noch die Verbrechen der sowjetischen Geheimpolizei los. Mehr noch. Es gibt den Versuch, sich eine *ruhmreiche Geschichte* zurück zu erobern. Die russische Geschichte wird vom Staat heute als eine ununterbrochene Erfolgsgeschichte erzählt. Russland stand dabei diesem Narrativ zufolge immer auf der Seite der Sieger und der moralisch Gerechten. Wer also heute nach Verantwortung oder gar Schuld fragt (und sei es auch nur indirekt), stört. Ein Verständnis dafür, dass es gerade solche Störer sind, die eine Gesellschaft voranbringen, fehlt in Russland fast völlig.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <<http://russland.boellblog.org/>>.

2. – 15. Dezember 2016

2.12.2016	Der russische Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege John Kerry einigen sich bei einem Treffen in Rom auf die Wiederaufnahme von Krisengesprächen in Genf, bei denen über Fristen für einen Abzug bewaffneter Gruppen aus Ost-Aleppo und über humanitäre Hilfe gesprochen werden soll.
2.12.2016	Präsident Wladimir Putin empfängt in St. Petersburg den japanischen Außenminister Fumio Kishida, der sich im Rahmen eines dreitägigen Besuchs in Russland aufhält.
2.12.2016	Die Zentralbank Russlands teilt mit, dass unbekannte Hacker insgesamt zwei Milliarden Rubel mittels gefälschter Zugangscodes von Konten gestohlen habe. Der genaue Zeitpunkt des Angriffs konnte zunächst nicht festgestellt werden. Nach Angaben des Inlandsgeheimdienstes FSB seien zudem weitere Cyberangriffe auf das russische Bankensystem vereitelt worden.
3.12.2016	Außenminister Sergej Lawrow und sein japanischer Amtskollegen Fumio Kishida sprechen bei einem Treffen in Moskau über den anstehenden Besuch des russischen Präsidenten Wladimir Putin in Tokio. Außerdem wird der Abschluss eines Friedensvertrags zwischen Tokio und Moskau thematisiert, der seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges formal noch aussteht.
3.12.2016	In Dagestan töten russische Sicherheitskräfte während eines Spezialeinsatzes in einem Vorort von Machatschkala Rustam Aselderow, ein Führungsmitglied der Terrormiliz »Islamischer Staat«, sowie vier seiner Mitkämpfer. Aselderow soll dem FSB zufolge hinter den Terroranschlägen 2013 in Wolgograd stecken.
5.12.2016	Russland und China legen im UN-Sicherheitsrat ein Veto gegen eine UN-Resolution ein, in der ein siebentägiger Stopp aller Angriffe in der umkämpften syrischen Stadt Aleppo gefordert wird.
5.12.2016	Vor der syrischen Küste stürzt erneut ein russischer Kampfflugzeug des Typs SU-33 bei dem Versuch ab, auf dem Flugzeugträger »Admiral Kusnezow« zu landen. Der Pilot rettet sich mit einem Schleudersitz und ist laut offiziellen Angaben unverletzt. Dies ist der zweite Unfall dieser Art innerhalb weniger Wochen.
5.12.2016	Nach Meldungen von TASS beschließen Kämpfer der Opposition ein provisorisches Krankenhaus in der Nähe der umkämpften syrischen Stadt Aleppo. Dabei werden zwei Krankenpflegerinnen aus Russland getötet. Der Sprecher des Verteidigungsministeriums, Generalmajor Igor Konaschenkow, erklärt, die USA, Großbritannien, Frankreich und anderen Staaten, die Terroristen unterstützen würden, seien für diesen Angriff mitverantwortlich.
6.12.2016	Präsident Wladimir Putin setzt per Erlass eine neue Doktrin zur Informationssicherheit in Kraft, die insbesondere auf den Schutz Russlands vor Hackerangriffen ausgerichtet ist.
6.12.2016	Alexandr Sorokin, Oberermittler für besonders wichtige Angelegenheiten des Strafermittlungskomitees, wird wegen Verdachts auf Annahme von Bestechungsgeldern in Höhe von 50.000 Dollar festgenommen.
7.12.2016	In Moskau und im Moskauer Umland nehmen Sicherheitsbeamte 25 Personen fest, die des Extremismus und Terrorismus verdächtigt werden.
7.12.2016	In Inguschetien wird der Leiter des Zentrums für Extremismusbekämpfung des Innenministeriums für Inguschetien, Timur Chamchoje, wegen Verdachts auf Beteiligung an einem Raubüberfall festgenommen.
8.12.2016	Außenminister Sergej Lawrow und sein US-amerikanischer Amtskollege John Kerry besprechen im Vorfeld des Außenministertreffens der Mitgliedsstaaten der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) in Hamburg die Lage in der syrischen Stadt Aleppo. Dabei geht es insbesondere um mögliche Maßnahmen zur Wiederherstellung des Waffenstillstandes und die Bereitstellung humanitärer Hilfe.
8.12.2016	Die syrische Armee stellt nach Angaben des russischen Außenministers Sergej Lawrow ihre Angriffe in Ost-Aleppo vorübergehend ein. Zivilisten sollen während dieser Zeit in Sicherheit gebracht werden. Die Syrische Beobachtungsstelle für Menschenrechte widerspricht dieser Darstellung und meldet, dass die Gefechte fortgesetzt würden.
8.12.2016	Der Chefermittler der Welt-Anti-Doping-Agentur (WADA), Richard McLaren, präsentiert in London den zweiten Teil seines Berichts über staatlich gestütztes Doping in Russland. Darin wird festgestellt, dass mehr als tausend Sportler in 30 verschiedenen Sportarten mit Doping in Verbindung stehen sollen, darunter zwölf Sportler, die während der Olympischen Spiele in Sotschi Medaillen gewonnen haben. Das russische Sportsministerium weist die Vorwürfe einer staatlichen Unterstützung des Dopings zurück.
9.12.2016	Der Regisseur und Leiter der russischen Kulturstiftung Nikita Michalkow kritisiert während einer Anhörung vor dem Föderationsrat die Tätigkeit des Jelzin-Zentrums in Jekaterinburg und bezeichnet dessen Programm als nicht objektive Wiedergabe der Geschichte und destruktiv für die nationale Identität.
9.12.2016	Der Leiter der 17. Abteilung der Hauptverwaltung für innere Sicherheit des Innenministeriums (GUSB MVD), Jurij Timtschenko, wird wegen Verdachts auf den Erhalt von Bestechungsgeldern im Wert von 50 Millionen Rubel in St. Petersburg festgenommen.

10.12.2016	Die Organisation erdölexportierender Staaten (OPEC) einigt sich mit einer Reihe Nichtmitgliedsstaaten auf einer Konferenz in Wien darauf, deren Ölförderung um rund 558.000 Barrel pro Tag zu reduzieren. Für Russland ergibt sich aufgrund einer früheren Einigung über eine Reduzierung von 1,2 Mio. Barrel pro Tag durch die Mitgliedsstaaten eine Reduzierung von 300.000 Barrel pro Tag
11.12.2016	Vier Unbekannte überfallen in der Nacht zum 11. Dezember in Otradnyj im Gebiet Samara den Leiter der Polizeiabteilung der Stadt, Dmitrij Baschurkin, und seine Frau auf ihrem Nachhauseweg. Baschurkin wird mit schweren Verletzungen im Krankenhaus behandelt, seine Frau erliegt ihren Verletzungen noch vor Ort.
12.12.2016	Das Moskauer Wirtschaftsgericht gibt der Klage des staatlichen Mineralölkonzerns Rosneft statt, der das Verlagshaus RBK wegen Rufschädigung verklagt hatte. Die Geldstrafe wird auf 390.000 Rubel festgesetzt. Rosneft hatte mehr als drei Milliarden Rubel Schadensersatz gefordert. Anlass war ein Zeitungsartikel vom 11. April, in dem RBK über die bevorstehende Teilprivatisierung des Ölkonzerns Rosneft berichtet hatte und nahelegte, dass die Konzernführung unter Sotschin eine Übermacht des Mitaktionärs BP in dem strategisch wichtigen Konzern Rosneft verhindern wolle.
13.12.2016	Oppositionspolitiker Aleksej Nawalnyj erklärt auf seiner neuen Wahlkampf-Webseite, dass er bei den Präsidentschaftswahlen 2018 als Kandidat antreten wolle.
13.12.2016	Der Ständige Vertreter Russlands bei den Vereinten Nationen, Witalij Tschurkin, erklärt, dass die syrische Armee die Stadt Aleppo vollständig unter ihre Kontrolle gebracht habe und nun humanitäre Hilfe bereitgestellt werden könne.
13.12.2016	Der Bob- und Skeleton-Weltverband (IBSF) entzieht Sotschi die Weltmeisterschaften vor dem Hintergrund der jüngsten Doping-Enthüllungen durch den zweiten Teil des Berichts des Chefermittlers der Welt-Antidoping-Agentur (WADA), Richard McLaren.
14.12.2016	Zum vierten Mal in Folge positioniert das Magazin Forbes Präsident Wladimir Putin in seinem Ranking als mächtigsten Mann der Welt.
14.12.2016	Ein Gericht in Amsterdam entscheidet, dass die an das Archäologiemuseum der Universität Amsterdam im Jahr 2014 ausgeliehenen Kunstwerke aus dem Besitz von vier Museen auf der Krim an die Ukraine zurückgegeben werden sollen. Zuvor hatten sowohl Russland als auch die Ukraine Anspruch auf die Kunstwerke erhoben.
15.12.2016	Der russische Präsident Wladimir Putin reist für zweitägige Gespräche nach Japan. Thema ist unter anderem der jahrzehntealte Streit um die Kurilen-Inseln sowie eine Vertiefung der wirtschaftlichen Kooperation beider Länder.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von Mangold Consulting GmbH unterstützt.

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen, Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Hans-Henning Schröder (verantwortlich), Julia Glathe

Sprachredaktion: Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2016 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Länder-Analysen • Klagenfurter Str. 8 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: laender-analysen@uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>



Kostenlose E-Mail-Dienste

der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



@laenderanalysen

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig im kostenlosen Abonnement kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten. Die Redaktionen der Länder-Analysen bestehen aus Wissenschaftlern mit langjähriger Forschungserfahrung.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben. Partner der deutschsprachigen Analysen zur postsowjetischen Region ist das Zentrum für Osteuropa- und internationale Studien, Partner der Polen-Analysen ist das Deutsche Polen-Institut. Partner der englischsprachigen Analysen ist die ETH Zürich.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse. Alle Länder-Analysen sind auch mit Archiv und Indizes online verfügbar unter www.laender-analysen.de.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/belarus/>

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/cad.html>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/newsletter/polen-analysen/>

Auch als App für Android™ (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play™.



Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.css.ethz.ch/en/publications/rad.html>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/ukraine/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/zentralasien/>

Auch als App für Android (ab Januar 2016) kostenlos auf Google Play.



Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige wissenschaftliche Neuerscheinungen zu Belarus, Russland, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: <http://www.laender-analysen.de/bibliographies/>